

Unbehagen Schweiz

Fünf Autoren halten dem Land den Spiegel vor

DOSSIER



Bild: Fotolia

- 1 **Stress im Kleinstaat** *Thomas Sprecher*
- 2 **Das Abc des helvetischen Global Hubs** *Klaus J. Stöhlker*
- 3 **Unfähig zum Grössenwahn** *Rolf Dobelli*
- 4 **Die permanente Versöhnungsmaschine** *Rainer Hank*
- 5 **Die laufende Neuerschweizerung** *René Scheu und Claudia Mäder treffen Ulrich Bremi*

Für die Unterstützung bei der Lancierung des Dossiers danken wir dem Verein Zivilgesellschaft.

«Die Schweiz laboriert bisher erfolglos an den Symptomen einer multiplen Auto-immunerkrankung herum. Sie leidet an sich selbst. Sie kann sich selber nicht mehr leiden. Ist sie sich selbst verleidet?»

Konrad Hummler, Präsident des Vereins Zivilgesellschaft

Die zeitweise fast panische Verwirrung um die «europäische Integration» hat ein helvetisches Missbehagen am eigenen Sonderschicksal an den Tag gebracht, das stark einer Angst vor der Zukunft glich. Die Zeit liegt nicht allzuweit zurück, in der die Schweizer es liebten, der Welt ihre Einrichtungen und Traditionen mit jenem Brustton der Überzeugung zu erklären, als müssten wir den anderen die rechte Lebensart beibringen: wenn sie nur auf uns hören würden, es stünde besser um die Welt! ... Seit [...] Jahrzehnten war daraus ein bald demütiges, bald querulantenhaftes Bedürfnis geworden, uns der Welt nicht etwa als Vorbild, sondern als «Sonderfall» zu erklären, als hätten wir für unser Festhalten an unserer Lebensweise, die nichts weiter als die unsere ist, um Verständnis zu bitten. Denn wir sahen sehr wohl die Notwendigkeit der grossen Wirtschaftsräume und Zusammenschlüsse und die wachsende Abhängigkeit der Völker, in der die überlieferte nationale Souveränität zur Absurdität wird; doch was, fragten wir, würde in dieser werdenden Welt die Zukunft des kleinen Staates mit seinen eigentümlichen Formen der Freiheit und Gemeindeautonomie sein, an denen wir hängen? Würde uns weiter die Gnade des «Sonderschicksals» beschert sein, und würden wir sie ertragen – oder verfluchen? Müssten wir, um dieses Erbe zu erhalten, weiterhin gegen den Strom der geschichtlichen Entwicklung schwimmen?

Der zitierte Abschnitt aus Herbert Lüthys vielbeachtetem Essay «Die Schweiz als Antithese», 1961 in den «Monatsheften» publiziert, mag illustrieren: Kaum ein Wort motivierte die breite Debatte um den Zustand der Alpenrepublik seit jeher besser als das des «Miss-» oder «Unbehagens». Das Wort hat sich festgesetzt im integralen Schweiz-Diskurs, es hat Streit in Politik, Wirtschaft und Kultur provoziert, immer wieder zum Überdenken des Status quo und auch der Zukunftsoptionen der Schweiz angeregt. Und obschon es in Karl Schmidts bekanntestem Werk «Unbehagen im Kleinstaat» von 1963 wohl seinen medial prominentesten Auftritt genoss: das «Unbehagen» selbst ist älter – doch so viel ist klar: im Jahre 2013 ist es so aktuell wie kaum je zuvor. Der Verein Zivilgesellschaft lanciert im Herbst eine Tagung zum Thema. Wir haben bereits vorab fünf Autoren darum gebeten, der Schweiz den Spiegel vorzuhalten – und Auswege aus dem Malaise aufzuzeigen.

Die Redaktion

1 Stress im Kleinstaat

Leben die Schweizer in der Wohlfühloase des globalen Dorfes?
Der Schein trägt.
Auch im Jahr 2013 dringt Unbehagliches aus vielen Quellen.

von Thomas Sprecher

Als Karl Schmid in seinem 1963 erschienenen Buch vom Kleinstaat sprach, dachte er weniger an ein völkerrechtliches Gebilde, dessen territoriale Ausdehnung oder Bevölkerungszahl im Verhältnis zu anderen Staaten als gering erscheinen, sondern im wesentlichen einzig an die Schweiz. Zudem argumentierte er nicht rechtlich oder politisch, sondern gesellschaftskritisch und psychologisch. Sein Essay handelte von den Bedingungen des Lebens in der bürgerlichen Gesellschaft schweizerischer Prägung. Schmid beschrieb verschiedene Formen des Leidens in und an der Schweiz. Schon damals galt aber: Niemand wird an der Auswanderung gehindert. Wer immer sich an der Kleinheit der Schweiz reibt und in einem grösseren Ganzen aufgehen will, kann sich seinen Wunsch erfüllen.

Schmid war nicht der erste, welcher der politischen Reflexion in der Schweiz das Merkmal Kleinstaatlichkeit zuführte, aber vielleicht hob es erst der Titel *Unbehagen im Kleinstaat* so recht ins allgemeine Bewusstsein. Die vom Verleger Bruno Mariacher gefundene Formel hat sich später von Schmid's Werk gelöst und eine eigene Karriere gemacht. Unbehagen ist die Negation von Behagen, was nach Duden etymologisch «sich geschützt fühlen» zur Grundbedeutung haben soll. Mindestens im Adverb «behaglich» schwingt eine leicht negative Konnotation mit; man hört «allzu behaglich» und «bequem» heraus, was im Umkehrschluss zu einem Lob des Unbehagens führt. Etwas Unbehagen, liesse sich sagen, ist so gesund und lebensnotwendig wie «Stress», da es vor dem Verdämmern in realitätsfernen Wohlfühloasen bewahrt.

Karl Schmid hat in seinem Buch auch auf manche Vorzüge hingewiesen. So ist die Schweiz zu klein nicht nur für Weltpolitik, sondern auch für viele Laster. Wer Gross- und Kleinstaat unter dem Gesichtspunkt gegenüberstellt, wo der einzelne Bürger ein besseres Leben führen könne, wird indes kaum zu quantifizierbaren Werten gelangen. Immerhin beweist die anhaltende Zuwanderung, dass nicht wenige die Wonnen der Kleinheit kosten wollen.

Dies vorausgeschickt, soll nach Anlässen zum Unbehagen heute gefragt werden.

Strategische Bedeutungslosigkeit

Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren es die grossen Planer – die Planer der Grossmächte –, die den Kleinstaat von der Landkarte tilgen wollten. Im Kalten Krieg gewann die Schweiz neue Bedeutung. Aber mit den Verwerfungen nach 1989 hat sie ihre geschützte und privilegierte strategische Position wieder verloren. Die Schweiz ist für ihre grossen Nachbarn unbedeutend geworden. Umso wichtiger ist es für sie, nicht in die Isolation zu fallen und Allianzen zu schmieden. Aussenpolitik ist so relevant wie lange nicht mehr.

Wehrlosigkeit

Es gibt keine höheren Gründe mehr, die Schweiz in Ruhe zu lassen. Manche Grossmächte lassen sie schmerzhaft spüren, wie klein sie ist. Die Amerikaner knippen Schweizer Banken aus, und Deutsche wollen die Kavallerie vorbeischieken. Ein rücksichtsloser Imperialismus macht sich geltend, worüber die diplomatischste Verbrüderungsrhetorik nicht hinwegtäuscht.

Thomas Sprecher

ist Germanist, Anwalt in Zürich und Verwaltungsratspräsident der SMH Verlag AG, die den «Schweizer Monat» herausgibt. Von ihm sind jüngst die beiden Werke «Karl Schmid – ein Schweizer Citoyen» (NZZ, 2013) und «Schweizer Monat: 1921–2012» (SMH, 2012) erschienen.

Handelskammern beschwören treuherzig die angebliche Freundschaft zwischen «Schwesterrepubliken» und gaukeln Courant normal vor. Courant normal ist, dass der Kleine sich fügen soll. Mit grandioser Impertinenz, ohne jede Mühe, ihre Arroganz zu kaschieren, werfen uns machtgewohnte Vertreter an sich zivilisierter Staaten die «Schwerfälligkeiten» und «Umständlichkeiten» unseres politischen Systems vor. Am Ende wird das Diktat noch als «Vertrag» oder «Bankendeal» euphemisiert. Die USA nehmen Züge eines Usurpators an, der sein Recht extraterritorial zu exekutieren keine Scheu trägt und dies sogar noch mit Moral verbrämt. Auch andere tun dies, selbst wo ihre Scheinheiligkeit zum Himmel stinkt – mit Sicherheit sind die USA nicht der einzige Akteur, der Feind und Freund flächendeckend ausspioniert.

Im Inland spielt sich seit Jahren derselbe Jammer ab. Stets finden sich sogleich eifrige Claqueure. Manche Medien nehmen in ihrem Kampf gegen den weiteren Schwund der Auflage noch den törichtesten Angriff lustvoll auf. So kritisch sie sich geben, so kritiklos agieren sie tatsächlich: Sie prostituieren sich als Megaphon und sehen ihre vornehmste Aufgabe darin, Brückenkopf ausländischer Attacken zu bilden. Es wäre an der Zeit, nicht weiter so zu tun, als seien sie unterwegs als staatstra-



Was haben Schweizer Schwinger zu bieten, wenn Ausländer zu schwingen beginnen? (Bild: Fotolia)

gende Wächter der Demokratie. Und natürlich nutzen auch Parteipolitiker verschiedener Couleur Angriffe auf die Schweiz reflexartig, um in Bundesbern ihr eigenes Süppchen zu kochen.

Geringe Autonomie

Jeweils am «Nationalfeiertag der Schweizerischen Eidgenossenschaft», der, erst 1891 eingeführt, ohne rechte historische Dignität auskommen muss, wird der Mythos von der «Willensnation» beschworen. Das ist strukturell ein aufklärerisches Konzept: Wer will und seinen Willen lebt, und zwar über Jahrhunderte hinweg, tut dies vernunftgeleitet und selbstbestimmt.

Wir erleben, dass Banken ihre Kunden verkaufen, ihre Mitarbeiter und andere Banken. Mitarbeiter verkaufen die Banken.

Es ist allerdings nicht die ganze Wahrheit. Die Schweiz schuldet ihre Existenz nicht nur sich selbst, sondern auch anderen Instanzen – vor allem dem Zuschauen der umliegenden Grossmächte, deren Eifersuchtsweigerung, sie einer anderen Grossmacht zu überlassen. Dass sie ihre Existenz nicht nur dem eigenen Willen, sondern auch der Duldung durch andere verdankt, ist eine nationalnarzisstische Kränkung. Ähnlich verhält es sich mit dem Eingriff Napoleons, der zur Demokratisierung moderner Prägung entscheidend beitrug. Ähnlich mit dem unglaublichen Glück und der glaublichen Anpassung im Zweiten Weltkrieg: Es war nicht Widerstand allein, welcher die Schweiz unversehrt überleben liess. Wer von der «Willensnation» spricht und das andere verschweigt, gaukelt eine Autonomie vor, die es weder je gab noch gibt.

Führungsschwäche

Unbehagen, das sich in der Schweiz entfaltet, wird von Unbehagen anderer Art umfassen und überlagert: dem Unbehagen in der Moderne, in der Globalisierung, der

Ökonomisierung, den weltweiten Übergriffen von Regierungen. Nicht immer lässt sich dies klar trennen. Eine Reihe von Problemen hat mit der Kleinstaatlichkeit denn auch wenig zu tun, verstärkt den Eindruck von Wehrlosigkeit aber noch. Insbesondere wirkt sich die innenpolitisch gewollte konstitutionelle Schwäche der Regierung aussenpolitisch als empfindlicher Nachteil aus. Es war deshalb erst recht keine gute Idee der Parlamentsmehrheit, jemanden in die Landesregierung zu hieven und darin auch noch zu bestätigen, deren politisches Programm sich auf ihr Überleben beschränkt und die die Position der Schweiz mit jedem Dossier zu schwächen droht, das ihr in die Hände fällt. Ein Trost, dass die Schweiz seit 1848 noch jeden Bundesrat verkraftet hat. Sie wird sich auch von der heutigen Besetzung erholen.

Fragliche «Verdichtung»

Unbehagen erzeugt auch die starke Zuwanderung: zu viele Zuzüger im kleinen Land, so denken viele. Die «Wirtschaft» – wer immer das sei – ruft nach qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland. Das ist ihr Recht. Aber es kommen – Max Frisch hatte recht – auch heute nicht Arbeitnehmer, sondern Menschen. Mit der Zuwanderung werden für einzelne Unternehmen kurzfristig Probleme gelöst, aber für die Allgemeinheit neue Probleme geschaffen. Nämlich: Alle diese Einwanderer brauchen Infrastruktur, Wohnungen, Transportkapazitäten, Schulhäuser. Auf einmal fordern Planer, Kommissionen und Experten aller Art «Verdichtung» und stellen sie als etwas fraglos Positives dar. Aber wer will eigentlich «Verdichtung», wo sie sich als Stau und Verstopfung und urbaner Dichtestress zur Geltung bringt?

Ausverkauf der Werte

1998, beim «Nazigold-Deal», haben wir gelernt, dass der Bundesrat bereit ist, Schweizer Werte zugunsten von Banken zu verkaufen. Der Deal war wirtschaftlich vertretbar, staatspolitisch und rechtsstaatlich aber eine Katastrophe. Er führte zu einer nachhaltigen Verunsicherung. Seit Ausbruch der Finanz- und Währungskrise hat

sich dies noch verstärkt: Das Vertrauen, das unseren Staat verband und die sozialen Beziehungen trug, erodiert. Wir erleben, dass Banken ihre Kunden verkaufen, ihre Mitarbeiter und andere Banken. Kunden verkaufen die Banken und ihre Mitarbeiter. Mitarbeiter verkaufen die Banken. Loyalität scheint ein Wort geworden zu sein aus dem Märchenbuch früherer Dekaden.

Verfall des Milizsystems

Für Schweizer, die sich um dieses Land bemühen, ist es schwer zu ertragen, wie sich die politische Schweiz preisgibt zugunsten von internationalisierten Akteuren im Finanzwesen, deren Entscheidungsträger sich um ein Staatswesen foutieren, von dem sie seit Jahrzehnten profitieren, kassieren und bei Fehlern zivil- und strafrechtlich folgenlos davongelassen, Hors-sol-Manager, welche Eigennutz nicht mit Verantwortlichkeit paaren, angelsächsisch geprägte Selbstbereicherungskünstler. – Und so weiter, man kann hier lange polemisieren. Ja, Manager sind oft vaterlandslose Gesellen geworden. Ihr ökonomischer Instinkt befiehlt ihnen, sich möglichst rasch zu bereichern, denn morgen schon kann die Party zu Ende sein. Mit den Interessen eines Landes hingegen haben sie nichts am Hut; vielleicht sind sie ja nächste Woche schon wieder weg. Nüchtern ist festzuhalten, dass sich die Bindungen vieler Entscheidungsträger an das Gemeinwesen stark gelockert haben. Wer Bewohner des globalen Dorfs geworden ist, geht dem nationalen Verband leicht verloren. Sein Bürgersinn kommt ihm abhanden. Die gelebte Mobilität wird zur Krise der lokalen Gemeinschaft. Wir müssen daher neue Formen finden, den Zusammenhalt im Land zu fördern, und versuchen, die Funktionen, welche der schweizerische Sonderfall des Militärdienstes nebenbei erfüllte, nämlich zwischen Landesteilen, Stadt und Land, sozialen Schichten zu kitten und zu korrigieren, auf andere Weise wiederzubeleben – auf freiwillig-zivilgesellschaftlicher Basis, ohne staatliche Eingriffe.

Macht statt Recht, fremdes Recht

Der machtlose Kleinstaat klammert sich ans Recht. Aber er erfährt immer wie-

der aufs neue, dass Macht Recht bricht und ersetzt, wie im Krieg. Die grossen Staaten tun, was sie wollen, stellen ihre Interessen über alles andere und lassen den Begriff der Rechtsstaatlichkeit antiquiert aussehen. Hinzu kommt, dass der Kleinstaat zunehmend auch gezwungen ist, «fremdes» Recht zu übernehmen, sei es im «autonomen Nachvollzug», sei es durch die Übernahme internationaler Standards. Der Raum für «Souveränität» schrumpft. Wo schleichend ausländisches Recht übernommen wird, hat der Stimmbürger, der Vielzahl von Abstimmungen unbeschadet, de facto immer weniger zu sagen.

Aber hier gilt, was im Grund für alle gilt, die nicht stark genug sind, der Globalisierung ihren Stempel aufzudrücken: Die Schweiz kann es sich nicht leisten, den Romantizismen vorglobalisierter Weltverfassung anzuhängen, und es fragt sich nur, wie viel an Liebgewonnenem sie preisgeben muss, um unter den neuen Bedingungen zu bestehen. Unser Selbstverständnis bedarf radikaler Überprüfung. Die kurrenten Identitätsangebote tragen nicht mehr sicher und weit genug. Auf dem politischen Weltmarkt werden die Karten neu gemischt, und die Schweiz muss schauen, wo sie bleibt. Sie sollte den Umstand, dass es zu einer unerwartet schnellen weltweiten Rechtsangleichung kommt, der Globalisierung von Standards in für sie wichtigen Bereichen, als Chance begreifen. Und noch eines: Es gehört zu den schweizerischen Eigenschaften, Verpflichtungen ernst zu nehmen und Staatsverträge umzusetzen, während andere Länder dem Grundsatz nachleben, dass auch das Papier geduldig ist, auf dem die Staatsverträge stehen. Vielleicht müsste die Schweiz ihr Muster-schülertum überwinden und sich auch in dieser Hinsicht den globalen Standards annähern.

Ich habe nichts Grosses hinter mir

Die Schweiz irritiert und provoziert dadurch, dass sie Europa nicht mit der EU gleichsetzt und wohl an Europa teilnimmt, aber nicht der EU beitreten will; dass sie mit der direkten Demokratie eine Spielform pflegt, die in manchem diametral anders ist

als etwa rein repräsentative Demokratien. Und dass sie bei alledem auch noch wirtschaftlich erfolgreicher ist als fast alle andern. Dennoch ist die Kleinheit psychologisch primär ein Problem für den Kleinen. Zu den Verdiensten Karl Schmidts gehört es, Archetypen des Kleinstaatbürgers versuchsweise definiert zu haben, Elemente seiner tiefenpsychologischen Befindlichkeit quer durch die Zeiten. Als Kleinstaatbürger weiss man kein mächtiges Staatswesen hinter sich, das färbt ab. Wer sich deswegen als Individuum minderwertig fühlt, hat es aber in der Hand, sich eine andere Staatsbürgerschaft zuzulegen. Freilich hört man derzeit vor allem vom Gegenteil: von Schweizer Doppelbürgern, die eilig ihre USA-Bürgerschaft ablegen.

Fühlbar wird die Kleinheit der Schweiz natürlich durch ihre Nichtmitgliedschaft in der EU. «Nichtmitgliedschaft», das ist ein Begriff aus der Optik der Mitglieder; für sie ist die Schweiz ein Negativum. Du könntest, flüstert die Stimme der Verführung, sofort grösser werden, Teil des Grossen, und deinen Mangel abstreifen wie tote Haut, durch blossen Beitritt. Aber die Schweiz würde nicht grösser als EU-Mitglied, solange die Mitgliedstaaten überhaupt noch als Staaten wahrgenommen werden.

Auch politisch ist Kleinheit primär ein Problem für den Kleinen. Für die EU ist die Schweiz weniger wichtig als die EU für die Schweiz. Diese darf sich keinen Wunschvorstellungen hingeben. Die EU wird bleiben. Deshalb muss die Europadiskussion weitergeführt werden. Denkverbote und die Ausgrenzung Nichtrechtgläubiger sind auch hier schädlich. Dabei sollte sich die Schweiz durchaus nicht defensiv verhalten, sondern im Gegenteil offensiv für ihre politischen Werte und Überzeugungen werben. Eine sich spurweise verschweizernde Welt kann nur in ihrem Interesse liegen.

Verarmungsängste

Man kann nicht leugnen, dass Verarmungsängste das Land umtreiben. Sie überlagern sich zum Teil mit den Abstiegsängsten des Mittelstands. Wem es dermassen gut geht, dem droht eine Zukunft, in der es ihm nur weniger gut gehen kann. Po-

litik für eine Gesellschaft im Aufstieg ist wesentlich leichter als für eine im Abstieg. Wachsende Volkswirtschaften lösen zahlreiche Probleme. Die Globalisierung beschert uns nun aber Konkurrenz im eigenen Land. Um gutbezahlte Jobs bewerben sich nicht nur drei Schweizer, sondern auch vier Inder, fünf Amerikaner und zwölf Deutsche. Der Markt fragt kaum mehr nach der Nationalität. Die Attraktivität der Schweiz geht auf Kosten mancher Schweizer. Aber ginge es ihnen besser, wenn es der Schweiz schlechter ginge?

Die Nachkriegsgeneration hatte wohl die beste aller bisherigen Welten. Ihre Löhne und Vermögen stiegen von selbst.

**Wem es dermassen gut geht,
dem droht eine Zukunft,
in der es ihm nur weniger gut
gehen kann.**

Gleichzeitig war die Arbeitswelt vergleichsweise gemütlich. Und im Alter war für sie gesorgt, mit AHV-Geldern, die im wesentlichen die Jüngeren erwirtschaftet hatten. Die nachfolgende Generation hatte die Gewissheit, dass Jahr für Jahr zuverlässig alles nach oben zeigte, nicht mehr. Der Vermögensaufbau war schwieriger. Aber immerhin hatten auch sie Vollbeschäftigung. Die heutigen Jungen kennen nun selbst diese Gewissheit nicht mehr. Sind sie antriebskräftig genug, um sich gegen eine fast über Nacht weltweit gewordene Konkurrenz durchzusetzen? Das pessimistische Szenario ist: Verwöhnt vom Wohlstand, entwickeln sie zu wenig Biss und verbrauchen das Erbe, das Eltern und Grosse Eltern in der Lage zu erarbeiten und zu halten waren; ihre Kinder mögen dann wieder arm und hungrig genug sein, um in den Konkurrenzkampf einzugreifen. Das optimistische Szenario: Die schweizerische Mentalität ist für Globalisierung wie gemacht. Arbeitsamkeit, Weltoffenheit, Flexibilität, politische Reife werden sich behaupten. On verra. <

2 Das Abc des helvetischen Global Hubs

Es gibt die moderne A-Schweiz und die gute alte B-Schweiz. Die globalen Konzerne und die heimischen Steuerzahler. Den Freihandel und die nationale Politik. Angelsächsische Umgangsformen und helvetischen Frohsinn. Der City State Switzerland ist längst Tatsache. Nur haben es noch nicht alle gemerkt.

von Klaus J. Stöhlker

Während Frankreich bloss Frankreich bleiben will, «la bella Italia» in Einzelteile zerfällt und Deutschland die feste Absicht hat, den weichen Unterleib der Europäischen Union zu finanzieren, bleibt die Schweiz, was sie immer war: ein Chamäleon. Kein Igel, nein, sondern ein Chamäleon, das sich mit grosser Farbenpracht seiner jeweiligen Umgebung anpasst.

Fortschritt durch Wandel ist zwischen Basel und Chiasso eine täglich zu erlebende Realität. Wie es aussieht, dürfte in absehbarer Zeit kaum ein Stein auf dem anderen bleiben, denn die Schweiz bereitet sich auf den nächsten grossen Sprung vor: vom Acht-Millionen-Staat zu einem Neun-Millionen-Staat. Im eigenen Land wird es eng, während sich die Schweiz in die Welt hinaus weitet: wirtschaftlich, kulturell und politisch.

Nicht alle kommen damit gleich gut klar. Zurückgezogen in ihre Gärten und Weinkeller haben sich die heute meist 80jährigen Anführer des Landes zur Zeit des Kalten Krieges. Sie haben die reichste Schweiz aller Zeiten aufgebaut und sie gleichzeitig verloren. Ihre Firmen, die Weltgeltung erworben haben, von Nestlé über Sulzer bis Georg Fischer, dazu über hundert andere, eroberten die 200 mehr oder weniger rentablen nationalen Märkte, die es auf diesem Globus gibt. Dann geschah, was kaum jemand bis heute begreifen will: Schweizer Gründerunternehmer und Aktionäre verkauften ihre Firmen an Amerikaner, Katari, Russen, Deutsche und Holländer. Sie schwuren ihrem unternehmerischen Geist ab und wurden zu den drittgrössten Investoren in Hedge Funds

weltweit. Sie wollten nicht mehr arbeiten, sondern ihr Geld für sich arbeiten lassen.

Aus der alten Schweiz, einem Nationalstaat par excellence, der seine in 700 Jahren erkämpfte Autonomie über alles stellte, wurde eine offene Plattform für globales Kapital. Die beiden grossen Finanzkonzerne UBS- und CS-Group wurden zu global wichtigen Deal makers. Ihre Versuche, zu Weltmarktführern zu werden, vor den Amerikanern, Engländern und Deutschen, endeten im Zusammenbruch des UBS-Konzerns, den es ohne die Hilfe der Schweizerischen Nationalbank heute nicht mehr gäbe.

Prozess der Verzweigung

Das Tempo der Globalisierung über-raschte die Eliten der Schweizer Wirtschaft ebenso wie der nicht eintreten wollende, immer wieder beschworene Zusammenbruch der Europäischen Union und des Euro. Im Gegenteil: juristisch, wirtschaftlich, kulturell und sozial wurde die Schweiz der EU immer ähnlicher. Nur einige bürgerliche Politiker hielten ihr Fähnlein der sieben Aufrechten in den Brandungswellen der Europäisierung hoch und schwörten: «Kein zweites Marignano. Kampf bis zum Letzten.» Wie sich zeigt, werden wir mit den Bilateralen III auch diese Festung nicht halten können. Was kein Politiker zu sagen wagt: «Eines Morgens werden wir aufwachen und feststellen, dass wir längst Mitglied der EU geworden sind.»

Innenpolitisch ist die Schweiz seit vierzig Jahren in einem Prozess der Auflösung begriffen, wobei die bürgerlichen Bastionen geschleift und die «urbanen»

Klaus J. Stöhlker

ist Unternehmer, Unternehmensberater und Verfasser zahlreicher Fachbücher zur Kommunikation und über die Schweiz.

Mitte-links-Positionen laufend ausgebaut wurden. «Wir haben den Einfluss der 68er unterschätzt», sagen heute die freisinnigen Graubärte, die ohnmächtig erlebten, wie die Schweizer Geschichte seit Wilhelm Tell im Orkus linker Geschichtsschreibung verschwand; wie die Profitmaximierung der Nachkriegszeit der Profitoptimierung Platz machte, die noch politisch verträglich war; wie dann die eigenen Söhne und Töchter eine «grüne Politik» entwickelten, der mit einer «grünliberalen» Variante nur notdürftig etwas halbwegs Vernünftiges entgegengestellt werden konnte.

Der Ansturm der Christoph-Blocher-schen Volkspartei zertrümmerte die Fundamente der einstigen Staatsführungspartei FDP, der es trotz der Integration der Liberalen Partei nicht mehr gelang, in die alten Positionen einzurücken. Bauern und Arbeiter, ökonomisch ein Restwert der expandierenden Schweizer Dienstleistungswirtschaft, liefen in hohem Masse zur SVP über; die Sozialdemokraten wurden zur Beamten- und Angestelltenvertretung, wo der Industriearbeiter keinen Platz mehr fand.

Kurz, es begann der Prozess der Verzweigung der Schweiz. Dem Niedergang der eigenen Unternehmenskultur folgte der Einkauf aller anderen Weltkulturen, womit aus der kleinen Schweiz ein globales Schmuckkästchen an Schönheit wie operativer Intelligenz wurde. Sie wurde zum Land, wo die Musen und die Museen blü-



Klaus J. Stöhlker, fotografiert von Lukas Mäder.

hen. Die immer rascher und zahlreicher zuwandernden «Masters» aus der ganzen Welt freute es. Was Franz Blankart als Staatssekretär in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts begonnen hatte, die Öffnung der Märkte, wird nun fortgesetzt in Freihandelsabkommen mit China und demnächst auch mit den USA.

Innerer Systemwandel

Das Schweizer Volk, mit einer auf weitgehender Selbstbestimmung beruhenden Infrastruktur ausgestattet, wie sie bis vor einer Generation weltweit einmalig war, hätte sich Minimalsteuern leisten können wie im Nachbarstaat Liechtenstein, wo grosszügig gerechnete zehn Prozent des

Alle bürgerlichen Parteien, gut ausgestattet mit Anwälten, Bankiers und Treuhändern, mit Immobilienhändlern und sonstigen Wachstums-Gewinnlern, unterstützten diese Entwicklung. Die Angriffe der Sozialdemokraten gegen diesen Prozess blieben weitgehend wirkungslos, und auch die «Grünen» konnten sich erst durchsetzen, als parteiunabhängige Politiker in Gemeinden und Kantonen plötzlich gegen Regierungsvorlagen Stimmen sammelten und Abstimmungen gewannen. Seit drei Jahren hat diese beunruhigende Schweizer Bürgerrevolte auch auf die nationale Ebene übergegriffen, und ein Ende ist nicht absehbar. Der Aufstand der B-Schweiz gegen die A-Schweiz, angeführt von einem Einzelkämpfer aus Schaffhausen, hat eine Signalwirkung ausgelöst, die bis ins Wahljahr 2015 führen wird. Es ist heute nicht erkennbar, wie dann die politischen Karten neu gemischt werden.

Die Führungsschwäche der bürgerlichen Parteien FDP, SVP und – wenigstens nominell – CVP ist die Folge mangelnder Einsicht. Bei der FDP waren es die alten Eliten, die ihren Einfluss, koste es, was es wolle, bewahren wollten und den einst stolzen Freisinn selbst auf die Knie brachten. Wo jeder Macht, Geld und Einfluss suchte, hatte keiner mehr Zeit, die Substanz der Liberalen zu bewahren und neu aufzubauen. Für die CVP galt dies doppelt, war sie doch immer Bannerträger kantonaler Interessen, sei es die Anwalts- oder Treuhänderschaft, der Zirkel reicher Notare, der Landwirtschaft oder der Touristiker. Die christlich-konservative Dachvorstellung verschwand im Licht der Globalisierung des Landes. Die SVP, bis heute von Christoph Blochers Gnaden und Talenten abhängig, war ein Sonderfall ohnegleichen, unterwegs zu über einem Drittel aller Stimmen, dann aber Opfer ihrer eigenen Anti-Modernitäts-Politik, die ihr den Zugang zum fortschrittlichen Mittelstand verwehrte.

Mit einem Pragmatismus sondergleichen arrangierten sich die grossen Konzerne der A-Schweiz in Basel, Genf und Bern, jetzt auch in Zürich, mit den links-grünen Realitäten. Es sollte sich zeigen, dass in der Praxis die Verhandlungen mit links-grünen Politikern schneller und rei-

nungsloser verliefen als mit bürgerlichen Politikern, die ihre wirtschaftsfreundliche Haltung stets hinter manchmal barocken Forderungen zu verstecken verstanden. Mit Moritz Leuenberger als Bundesrat, Thomas Held bei Avenir Suisse und vielleicht demnächst auch Filippo Leutenegger als neuem Zürcher Stadtpräsidenten zogen urbane Linke der 68er Jahre in Führungspositionen auch der Wirtschaft ein. Noch erfolgreicher waren sie seither in der Bundesverwaltung und in vielen Medien. Wozu noch bürgerliche Politiker?

Das bürgerliche 75-Prozent-Kartell, das lange Zeit die Wahlergebnisse bestimmte, zerfiel unter dem Druck der Globalisierung wie der inneren Auflösung. In Zürich sitzt ein alternativ Linker im Stadtrat und ist zuständig für die Finanzpolitik der grössten Schweizer Stadt. Er wird es voraussichtlich nicht schlechter machen als sein freisinniger Vorgänger, dem nicht zu Unrecht eine starke Linksneigung zugesprochen wurde.

Die Unternehmen der A-Schweiz brauchen altbürgerliche Politiker immer weniger. Sie sind über Kanzleien und Beratungsfirmen direkt mit den Spitzen der Verwaltung im Kontakt und können dort ihre Vorstellungen im Prinzip durchsetzen. Zugeständnisse nach allen Richtungen sind Teil einer erfolgreichen Praxis. Die verantwortlichen Politiker sind dann froh, sich die Lorbeeren an den Rock stecken zu dürfen, denn Wahlen und Abstimmungen lösen sich in dichter Folge ab. So gewinnen alle: Die grossen Firmen erhalten gute Rahmenbedingungen, die Verwaltung beweist ihre Leistungsstärke und die Politiker, sofern sie klug sind, fahren im Rollstuhl zum nächsten Wahlsieg.

Auf allen drei politischen Stufen, Bund, Kantone und Gemeinden, dient die politische Führung deshalb in erster Linie dazu, die Stabilität des Landes zu bewahren, das Steuern zahlende Volk halbwegs bei der Stange zu halten und jenen Geist des Frohsinns zu verbreiten, den der hochverehrte alt Bundesrat Adolf («Dölf») Ogi bis heute mit Erfolg demonstriert. Wie die aktuelle Situation beweist, geht es in Bern wie in den Kantonen heute wie morgen in

Die Unternehmen der A-Schweiz brauchen altbürgerliche Politiker immer weniger.

Jahreseinkommens als angemessen gelten. Das Strassen- und Bahnsystem, die Post und die Swissair galten global als vorbildlich. Das ist heute bei weitem nicht mehr der Fall, wo die Swissair verspielt, Strassen und Bahnen zu langsam erneuert wurden und die Post ihre Dienste laufend abbaut. Es war das arbeitsame Schweizer Volk, das mit unnötig hohen Steuern und rasch steigenden Abgaben neben dem stets wachsenden Sozialstaat den Aufbau der Globalwirtschaft in der Schweiz finanzierte. Die A-Schweiz der steuerbegünstigten Konzerne und ihrer leitenden Mitarbeiter, der internationalen Organisationen, deren Zehntausende von Mitarbeitern bei glänzenden Einkommen keine Steuern in der Schweiz bezahlen, der Holding- und Status-Gesellschaften wie der über 5000 privilegierten pauschalbesteuerten Ausländer erlebte einen glänzenden Aufstieg auf Kosten der B-Schweiz, deren Angehörige bis heute den Eigenmietwert wie die Vermögenssteuer bezahlen müssen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

erster Linie darum, die Betriebskosten des Landes in einem gerade noch erträglichen Rahmen zu halten, die Menge an Zuwandern auf keinen Fall einzuschränken, damit die Personalbasis optimiert werden kann, und damit die Schweiz zu einem «City State Switzerland» zu machen, der, zentral gelegen, als «Singapur West» auf Jahrzehnte hinaus ein hervorragender Standort bleiben dürfte.

Wer sich dagegen wehrt, sind Teile des Schweizer Volkes, die sich zunehmend verkauft vorkommen: Englisch-Amerikanisch als zweite Landessprache, steigende Miet- und Immobilienpreise, schlechtere öffentliche Schulsysteme, ein zunehmend härterer beruflicher Konkurrenzkampf gegen Hochqualifizierte aus dem Ausland. Es sind vor allem die über 60jährigen Schweizer, die nicht vom Gotthard-Mythos lassen wollen, die den Igel als Symbol autonomer Selbstverteidigung gerne in der Landesfahne hätten und das «Schwizertütsch» als das Oxbridge für echte Schweizer hochhalten. Es ist absehbar, dass dieser Bevölkerungsteil in den kommenden zwanzig Jahren massiv an Einfluss verlieren wird. An den öffentlichen Schulen ist der Geschichtsunterricht laufend eingeschränkt worden, das Nationalbewusstsein ist bei unter Dreissigjährigen kaum noch vorhanden.

Deshalb nennt SVP-Bundesrat Ueli Maurer als grösste Konfliktzone der kommenden Jahre den Stadt-Land-Konflikt innerhalb der Bevölkerung. Die Landbevölkerung pflegt die Schweizer Traditionen weitaus intensiver als die städtische Bevölkerung, die sich mit den hochqualifizierten Ausländern längst arrangiert hat. Die zunehmende Urbanisierung der Schweiz, wie sie in den Büchern der Raumplaner zu finden ist, wird die ländlichen Reservate jedoch Zug um Zug auflösen. Die Zukunft der Schweiz als globaler Hub ist längst definiert.

Die entstehende neue Schweiz

Ebenso rasch, wie unter dem Druck der beiden Grossbanken das Schweizer Bankgeheimnis im Verkehr mit dem Ausland aufgegeben wurde, werden sich auch andere Heiligtümer auflösen. Profitierte das

Schweizer Volk im EU-Vergleich bisher noch von einer relativ niedrigen Mehrwertsteuer, wird dieser Vorteil bald verschwunden sein, weil von der Senkung der Unternehmenssteuern bis hin zur Deckung von Versicherungsdefiziten die Mehrwertsteuer als Puffer dienen kann. Mit sich verschlechternden kantonalen Budgets, die sich überall abzeichnen, wird auch der Nationale Finanzausgleich andere Formen annehmen müssen. Jetzt setzen erst zögerliche Sparprogramme in Gemeinden und Kantonen ein; in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts werden die Verteilungskämpfe erheblich zunehmen; das Bankgeheimnis steht auch im Inland zur Diskussion. Die Wasserscheide des nationalen Wahlkampfjahres 2015 liegt noch vor uns.

«Mehr Staat» ist auch bei uns längst zur Tatsache geworden. Das Schweizer Volk, dessen Bürgern sehr viele Freiheiten gegeben wurden, von der Namensgebung bis hin zur Organisation der sexuellen Präferenz, bei der Gestaltung der Freizeit bis hin zur Wahl des Sterbeverfahrens, befindet sich in seiner Mehrheit wie in einem «coral», der von aussen intensiv überwacht wird. Zunehmend befinden sich überall Kameras und andere, nationale wie internationale Überwachungseinrichtungen, welche «das Volk» unter Kontrolle halten. Helmut Maucher, der Ehrenpräsident von Nestlé, sprach einmal von der Biomasse, der die Mehrheit der Menschen angehört; er wurde dafür schwer getadelt, aber ganz unrecht hatte er nicht. Die Menschen fühlen sich frei, aber sie sind es nicht.

Die einheimischen Medien tragen nicht viel dazu bei, die Freiheit der Menschen zu befördern. Lebensqualität wird definiert als Zustand allseitiger Zufriedenheit bei konsumnaher Wunscherfüllung. Echtes gesellschaftlich-politisches Engagement wird nicht gerne gesehen, weil es die sich zugesprochenen Kartellrechte politisch einflussreicher Kreise durchaus zu bedrohen vermag. Oskar Freysinger ist mein Zeuge, der im Wallis das CVP/FDP-Kartell zu durchbrechen vermochte. Es gelang ihm als «unklassischem SVP-Politiker», der wenig mit der Zürcher SVP am Hut hat, aber heute national von dieser als

politischer Erfolgswachweis in Anspruch genommen wird.

Im Zuge, in dem die Schweiz als Nationalstaat kleiner geworden ist, spielen auch nationale Politiken, seien diese konservativ oder liberal, eine immer beschränktere Rolle. Wer in Europa und der Welt braucht noch nationalliberale Parteien? Es sind die Angehörigen der B-Schweiz, die sich an derlei Treibholz der Geschichte festhalten, während die Konzerne der A-Schweiz längst damit beschäftigt sind, global eine liberale Politik der Handelsfreiheit durchzusetzen; auch das ist im Sinne der Schweiz.

Damit verstehen wir auch, weshalb es eine national ausgerichtete Intelligenz nur noch als Randexistenz braucht. Die Schweiz,

Mediziner bestätigen: «Unsere Knochen sind schwach geworden, gemessen an denen der alten Eidgenossen.»

bis vor vierzig Jahren mit vielen Topintellektuellen ausgestattet, die weltweiten Ruf genossen, verfügt heute nur noch über Philosophen der Unterhaltungsindustrie, die dem Volk etwas leichte Nahrung zuführen. Die revolutionären Basisdemokraten des 19. Jahrhunderts, auf welche wir uns gerne berufen, ragen wie mythische Helden in die Gegenwart. Mediziner bestätigen: «Unsere Knochen sind schwach geworden, gemessen an denen der alten Eidgenossen.» Ach, wären es doch nur die Knochen...

Nachsatz: Der breit verankerte Wohlstand der Schweiz ist bedroht, weil es den Vertretern der global orientierten A-Schweiz immer weniger gelingt, die ärmeren, aber zahlenmässig stark überlegenen B-Schweizer von ihrem Projekt der Schweiz als «Global Hub» zu überzeugen. Das politische Amalgam von linker Politik und alemannisch-genossenschaftlichem Denken kann deshalb die weitere Entwicklung der Schweiz ernsthaft behindern. Wir stehen erst am Anfang dieser nicht ungefährlichen Entwicklung. ◀

3 Von den Vorzügen des Schattendaseins

Die Diktatur von unten sichert der Schweiz ihre Stabilität, seinen Erfolg aber verdankt das Land dem Zufall. Was kann die Confoederatio Helvetica tun, um am weltweiten Roulettetisch weiter zu den Gewinnern zu zählen? Ihre Trümpfe unsichtbar halten. Eine Provokation.

von Rolf Dobelli

Angenommen, es geht Ihnen hervorragend. Sie beziehen ein überdurchschnittliches Einkommen. Ihr Portfolio hat sich prächtig entwickelt, die Ehe ist im Lot und der lokale Rotary Club hat Sie soeben zum Präsidenten gewählt. Warum diese Erfolgslawine? Antwort: Sie haben sie einem Gemisch aus Zufall und Faktoren zu verdanken, für die sie nicht viel können. «Zufall?», rufen Sie. «Nix da Zufall! Mein Erfolg ist das Ergebnis harter Arbeit!»

Auch der Schweiz geht es hervorragend. Sie erfreut sich der tiefsten Arbeitslosenrate ganz Europas. Globale Konzerne siedeln ihre Headquarters hier an. Das nationale Haushaltsbudget ist (fast) im Lot, das Wachstum ansprechend, der Schweiz geht es gut. Warum? Wiederum ein Ge-

misches aus Zufall und ein paar Faktoren, für die wir Bürger als einzelne nicht viel können. «Zufall?», wollen wir trotzdem rufen. «Nix da Zufall! Der Erfolg der Schweiz ist das Ergebnis harter Arbeit!»

lig werden einige Spieler hervorragend abgeschnitten haben, andere miserabel. Es geht nicht anders. Jene, die gewonnen haben, werden den Erfolg ihren Fähigkeiten zuschreiben. Jene, die verloren haben, geben externen Faktoren die Schuld. Die Psychologie nennt dieses Verhalten *Self-Serving Bias*.

Genau gleich wiederum auf nationaler Ebene, wenn sich Länder miteinander messen. Einige schneiden hervorragend ab, andere miserabel. Die Gewinnerländer schreiben den Erfolg dem Arbeitseifer ihrer Bevölkerung und der Fähigkeit ihrer Regierung zu. Die Verlierer suchen die Schuld woanders.

Die Erde ist nichts anderes als ein grosser Roulettetisch: Je nachdem, wo Sie sich geographisch befinden und was um Sie herum passiert, ob eine Pest über das Land zieht oder ein Bürgerkrieg, ob eine Revolution ausbricht oder ein Vulkan, finden Sie sich am oberen Ende der Liste, in der Mitte oder unten. Dass die Schweiz weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg angegriffen wurde, ist reiner Zufall und hatte nichts mit den diplomatischen Fähigkeiten unserer Landesregierung zu tun. Dass wir nicht in die Fänge der Sowjetunion gerieten, verdanken wir nicht unserem liberalen Willen. 500 Kilometer weiter östlich, und wir hätten hinter dem Eisernen Vorhang gelegen. Dass pompöse romantische Utopien in der Schweiz bis heute nicht Fuss fassen konnten, liegt nicht am messerscharfen strategischen Denken der Bevölkerung, sondern an der Geographie: Alpentäler sind kaum zentral zu regieren. Der Aufwand, einige engstirnige Eigen-

Rolf Dobelli

ist Schriftsteller und Unternehmer. Seine bekanntesten Werke sind die Bestseller «Die Kunst des klaren Denkens» (Hanser, 2011) und «Die Kunst des klugen Handelns» (Hanser, 2012).

brötler unter staatliche Kontrolle zu bringen, ist viel zu hoch, verglichen mit dem bescheidenen Vorteil, den man sich daraus erhoffen kann. Besonders wenn von diesen bescheidenen Jungs null revolutionäre Kraft ausgeht. Diese simple Investitionsrechnung haben seit den Karolingern alle grossen Mächte gemacht.

Aber warum, werden Sie einwerfen, geht es der Schweiz weiterhin so gut? Das muss doch einen Grund haben. Das kann doch nicht Zufall sein!

Doch, ist es, zumindest zu einem grossen Teil. Dazu nochmals ein Beispiel: Sie sitzen in der Konzernleitung eines Unternehmens mit zweihundert Filialen. Der Finanzchef hat eine Studie zum Thema Umsatzwachstum gemacht. Stolz präsentiert er seine Ergebnisse. Auf der Leinwand prangen die Namen der zehn wachstumskräftigsten Filialen. Was sofort auffällt: Es sind hauptsächlich kleine Filialen. Nach einem Moment der Stille sagt der Finanzler: «Meine Damen und Herren, der Fall ist klar, wir sollten unsere grossen Filialen zerschlagen.» Wäre das auch Ihre Reaktion? Ich hoffe nicht. Verlangen Sie stattdessen die Liste der zehn Filialen mit dem stärksten prozentualen Umsatzrückgang. Wieder sind es die kleinen Filialen. Der Grund: In einer winzigen Filiale hat ein einziger zusätzlicher Kunde prozentual ei-

Warum geht es der Schweiz weiterhin so gut?

Das kann doch nicht Zufall sein!

Doch, ist es.

misch aus Zufall und ein paar Faktoren, für die wir Bürger als einzelne nicht viel können. «Zufall?», wollen wir trotzdem rufen. «Nix da Zufall! Der Erfolg der Schweiz ist das Ergebnis harter Arbeit!»

Die Rechtfertigungen sind verständlich – logisch sind sie nicht. Stellen Sie sich vor, Sie spielen einen Abend lang Roulette mit zweihundert Freunden und Bekannten. Um Mitternacht listen Sie die Gewinne und Verluste jedes Spielers auf. Rein zufäl-



Rolf Dobelli, fotografiert von Christian Grund.

nen viel grösseren Effekt als in einer riesengrossen Filiale. Ebenso stark fällt hier ein verlorener Kunde ins Gewicht. Die Ausschläge sind bei kleinen Filialen viel stärker als bei grossen.

Die Stabilität der Schweiz beruht auf der Tatsache, dass das Land keine nennenswerte Regierung hat.

So ist es auch mit Staaten. Ein kleines Land kann sein Bruttosozialprodukt schneller verdoppeln oder halbieren als ein grosses. Es reicht, wenn ein paar bedeutende Firmen dieses Landes sehr gut oder sehr schlecht wirtschaften. In einem

grossen Staat fällt eine einzelne Firma oder eine einzelne Branche nicht sonderlich ins Gewicht, in einem kleinen hingegen schon. Das ist ein rein statistischer Effekt – das sogenannte *Gesetz der kleinen Zahl*. Welches sind die Top 3 unter den Staaten, was das Wirtschaftswachstum im letzten Jahr betrifft? Libyen, Sierra Leone und die Mongolei. Welches die drei Schlusslichter? San Marino, Sudan und Griechenland. Alles relativ kleine Gebilde. Darum: Immer wenn Sie von (guten oder schlechten) Extremleistungen kleiner Staaten, Gemeinden, Schulen, Krankenhäusern etc. hören, sollten Sie hellhörig werden. Mit der Leistung dieser kleinen Entitäten hat das oft nichts zu tun, sondern nur mit dem *Gesetz der kleinen Zahl*.

So weit das Argument für den Zufall – den rohen Zufall des Roulettes und des *Gesetzes der kleinen Zahl*. Damit haben wir

vielleicht zwei Drittel des Schweizer Erfolgs erklärt. Kommen wir zum letzten Drittel, den handfesten Faktoren. Davon gibt es Dutzende. Ich habe sie nicht erforscht. Meine Hypothese: Der wichtigste Faktor ist die *Diktatur von unten*.

Die Stabilität der Schweiz beruht auf der Tatsache, dass das Land keine nennenswerte Regierung hat. Auf die Frage eines Journalisten der «Sonntagszeitung», wer dem Finanzdepartement vorstünde, hatte ich keine Antwort. Und ich war darüber nicht im Mindesten beunruhigt. Im Gegenteil, das ist das Zeichen eines guten Systems: dass es nicht von Einzelpersonen abhängt. Bezüglich Firmen drückt es der Investor Warren Buffett so aus: «Investieren Sie in ein Geschäft, das auch ein Idiot führen könnte, denn früher oder später wird einer an der Spitze sein.» Genau das gilt auch für Staaten.

Anzeige



ACADEMIA ENGELBERG

12th Dialogue on Science

DIE ZUKUNFT DES SOZIALSTAATES

Der 12th Dialogue on Science befasst sich mit den Herausforderungen und der Zukunft des Sozialstaates. Die Konferenz im Oktober 2013 analysiert die Entwicklung und die verschiedenen Varianten des Sozialstaates, beleuchtet die aktuellen sozialen Realitäten im europäischen Kontext in Bezug auf Generationenbeziehungen, familiäre Lebenswelten oder Jugendarbeitslosigkeit und entwickelt Perspektiven für die künftige Entwicklung des Sozialstaates.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.academia-engelberg.ch → Konferenz 2013

Interdisziplinärer und generationenübergreifender Wissenschafts-Dialog vom 15. bis 17. Oktober 2013 in Engelberg OW



Medienpartner: **schweizer monat**

Es ist nicht so, dass die Schweiz keine Regierung hätte. Die eigentliche Regierung besteht aus Bürgern, die sich um Kanalisationsprojekte, Feinstaubemissionen, Trottoirsanierungen und andere uninspirierende Fragen streiten. Diese *Diktatur von unten* schützt das Land gegen grandiose romantische Utopien. Die Schweiz produziert Stabilität, und Stabilität ist der Nährboden für langfristige Investitionen – für Wachstum.

Vielleicht haben Sie sich auch schon gefragt, warum es keine Unternehmung mit hundert Millionen Mitarbeitern gibt. Antwort: Effizienz durch Grösse ist nur bis zu einem bestimmten Punkt möglich, danach schlägt Grösse in Ineffizienz um. Eine Megafirma mit hundert Millionen Angestellten wäre höchst zerbrechlich. Ähnliches gilt für Staaten. Grosse, zentralistische Gebilde sind zerbrechlich. Auch wenn Zentralisierung im ersten Augenblick Vorteile verspricht – Vermeidung von Doppelspurigkeit, Konzentration von Expertenwissen, Machtballung gegen aussen –, wiegen die Nachteile schwerer. Und das, glaube ich, ist der doppelte Vorteil der Schweiz. Sie ist klein und dazu noch dezentral organisiert – quasi unfähig zum Grössenwahn. Ein Bundesrat wird sich gut überlegen, riskante Grossprojekte durchzupfeitschen. Scheitert er, wird er sich für den Rest des Lebens schämen. Kein schönes Gefühl, wenn man nach draussen geht. Der Regierungsbeamte in Brüssel, Washington oder Peking fühlt dieses Regulator der Scham nicht. Darum: Hätte ich die Möglichkeit, würde ich sämtliche Nationalstaaten abschaffen und die Erde mit einem Netz von Hansestädten überziehen. Städte sind am Handel interessiert und nicht, wie Nationalstaaten, an Machterhalt oder gar Machtexpansion. Und: Viele Teile der Schweiz kommen meinem Ideal einer Hansestadt sehr nahe.

Das ist es also, was für die Schweiz spricht: der Zufall und ein paar handfeste Vorteile, am wichtigsten die *Diktatur von unten*. Das sind gute Karten für die Zukunft – jetzt dürfen wir sie bloss nicht verspielen.

Die Erdoberfläche wird bis auf weiteres überzogen sein von einem Teppich aus

Nationalstaaten (und leider nicht von Hansestädten). Ein grosser Staat wird einen kleinen immer herumbugsieren können, aber nicht umgekehrt. Die USA oder Deutschland (und damit die EU) können die Entwicklung der Schweiz massiv beeinflussen, aber nicht umgekehrt. Ein kleines Land wie die Schweiz muss somit eine Strategie fahren, die die Vorteile der Kleinheit voll ausspielt – aber unter dem Radar der grösseren Staaten, um keine Begierden zu wecken. Gleichzeitig muss es sich als fairer Player darstellen.

Genau diese Strategie hat die Schweiz im letzten Jahrhundert mit Meisterschaft verfolgt. Das Bankgeheimnis, die Feinregulierung der Arbeitslosigkeit über Saisoniers, die «Diktatur von unten», der Berufsweg über Lehrstellen, der Steuerwettbewerb unter den Kantonen, der liberale Arbeitsmarkt, die eigene Währung – diese Vorteile waren über viele Jahrzehnte der Motor des wirtschaftlichen Erfolgs. Natürlich hat das Ausland diese Vorteile zur Kenntnis genommen, aber sie wurden

Man muss die Schweiz nicht lieben, um ein Citoyen zu sein. Es reicht, wenn man die Vorteile des Landes nicht blödsinnig aufs Spiel setzt.

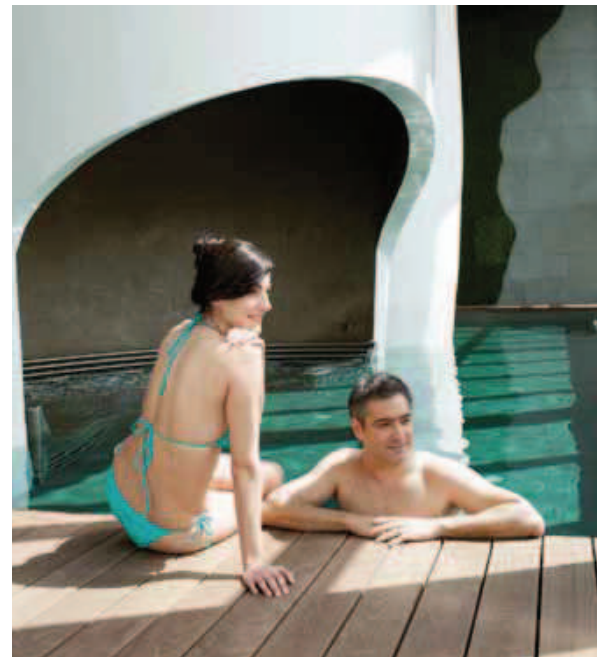
mehr bewundert als beneidet. Doch dann liefen zwei Dinge aus dem Ruder. In den letzten 20 Jahren entstanden in einem Wahn zwei Grossbanken, die alles daran setzten, das Bankgeheimnis und damit die Steuerflucht lauthals als *unique selling proposition* zu proklamieren. Zudem verlangsamte sich das Wachstum der EU-Staaten und der USA im gleichen Mass, wie sich ihre Verschuldung erhöhte. Diese kritische Kombination musste Begehrlichkeiten wecken. Die mächtigen Staaten legten die Axt ans Schweizer Bankgeheimnis – ohne dass die Schweiz etwas dagegen hätte tun können.

Es geht hier nicht um die Moralität des Bankgeheimnisses. Es geht um die strategi-

schen Optionen eines Kleinstaats im geopolitischen Spiel. Wir können uns dem Druck der Grossen nicht widersetzen, wie dies von rechts immer wieder gefordert wird. Und wir können das Machtgefüge um uns herum nicht wirklich mitgestalten, wie dies von links gerne behauptet wird. Wir können nicht als mächtige Spieler auftreten, denn wir sind es nicht. Ein Historiker, der in fünfhundert Jahren auf die Schweiz zurückblickt, wird uns als klassischen Vasallenstaat der EU (und teilweise der USA) bezeichnen. Wir sind erpressbar, ob wir es wollen oder nicht. EU und USA könnten, wenn sie wollten, mit einem einfachen Beschluss den Finanzplatz Schweiz austrocknen. Sie könnten uns vom Internet abkoppeln, von den Erdgasleitungen und der Logistikachse nach Rotterdam. Sie könnten auf Knopfdruck das GPS-Signal über der Schweiz abstellen oder die Überflugrechte einschränken. Könnte die Schweiz dagegen protestieren? Argumente zählen im Zwischenstaatlichen kaum. Es geht nicht um Vernunft. Es geht nicht um Werte. Es geht um Macht. Der kleine Staat hat sie nicht. All die oben erwähnten Vorteile – sie nützen ihm nur etwas, wenn er sie im «stealth mode» – im Unsichtbarkeitsmodus – ausspielt.

Was tun? Genau das. Die Schweiz sollte ihre Vorteile nutzen – ohne gross darüber zu reden. Nach aussen sollte sie sich als hilfreicher Player vermarkten. Sie muss die Leistungen herausstreichen, von denen die ganze Welt profitiert: Erfindungen, Forschungsergebnisse, kulturelle und humanitäre Leistungen. Da liegt noch sehr viel PR-Stoff brach. Die Schweiz muss das Image des Parasiten eintauschen zugunsten dessen eines Huhns, das goldene Eier legt – goldene Eier für die Welt – und darum nie geschlachtet wird. Und sie soll zumindest den Anschein erwecken, konstruktiv am Projekt Europa mitzubasteln, auch wenn sie es gar nicht beabsichtigt.

Ich bin kein Patriot. Ich bin, wie die Leser dieses Essays, durch den Zufall in diese Zeit und in dieses Land hineingeboren. Man muss die Schweiz nicht lieben, um ein Citoyen zu sein. Es reicht, wenn man die Vorteile des Landes nicht blödsinnig aufs Spiel setzt. ◀



ENTDECKEN SIE THAILAND AM HALLWILERSEE

Ganz nah und doch wie fern - tauchen Sie ein in eine Welt wo fernöstliche Gastfreundschaft auf Schweizer Qualität trifft. Entdecken Sie sinnliche Day Spa Angebote und traumhafte Übernachtungsspecial auf www.seerose.ch.



SEEROSE RESORT & SPA
eintauchen am Hallwilersee

T + 41 56 676 68 68
www.seerose.ch
www.balancehotels.ch

4 Die permanente Versöhnungsmaschine

Selbst viele Deutsche hat es mittlerweile befallen: das Unbehagen an der Schweiz. Mich nicht.

von Rainer Hank

Als ich im Herbst 1975 als Theologiestudent für ein knappes Jahr zum Studium nach Fribourg kam, wusste ich nicht, wie unschweizerisch diese Stadt in Wirklichkeit ist. Wenn der junge Christoph von Schönborn, ein Mann aus altem böhmischem Adelsgeschlecht, mit wehendem weissem Dominikanerhabit den Boulevard de Pérolles hinabschritt, waren ihm die Blicke aller Studentinnen sicher. Die Stadt war voll mit solchen weissgewandeten Männern, auch wenn nicht alle so schön waren wie von Schönborn, der, damals gerade 30 Jahre alt und schon ordentlicher Professor, heute standesgemäss als Kardinal im erzbischöflichen Palais von Wien residiert. Nicht nur der Katholizismus, zu jener Zeit noch tief geprägt von der Neu-

moderner ausgerichtet als sein jüngerer Mitbruder Schönborn. An Stirnimanns Seite gab es den Jesuiten Pietro Selvatico, eine Art ewiger Oberassistent, wobei die ihm zuge dachte subalterne Rolle keinen wunden muss in einem Land, wo die Jesuiten qua Bundesverfassung lange Zeit verboten waren (das Verbot wurde offiziell erst 1973 aufgehoben). Beide, Stirnimann und Selvatico, hatten sich, angestupst vom II. Vatikanischen Konzil, die intellektuelle Versöhnung mit dem Protestantismus zur Lebensaufgabe gemacht. Die beiden Freiburger Katholiken Stirnimann und Selvatico kann man sich freilich untereinander kaum unversöhnter denken: Stirnimann, Bürgersohn aus St. Galler Arztfamilie, und Selvatico, ebenfalls St. Galler, aber Sohn eines italienischen Gastarbeiters, lebten eine Art intellektueller Neckliebe wie die Herren Naphta und Settembrini im «Zauberberg»: Der machtverliebte Dominikaner (er war einige Jahre auch Universitätsrektor) spürte wohl, dass er seinem jesuitischen Assistenten geistig unterlegen war, der seinerseits den komplizierten Fallstricken des schweizerischen Ökumenismus alleine nicht gewachsen gewesen wäre. Eine prekäre, aber offensichtlich eingeübte und bewährte Balance der Höflichkeit sorgte dafür, dass die Gegensätze zwischen den beiden Gottesmännern sich niemals zu offener Gegnerschaft zuspitzten.

Genau das ist ein typisch schweizerisches Verhalten: Die Gegensätze des kleinen Landes sind so gross und unversöhnt, dass man es sich offenbar nicht leisten will, den Wettbewerb bis zum Äussersten zu treiben. Stattdessen muss die über al-

Rainer Hank

leitet das Wirtschaftsressort der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung». Er studierte Literaturwissenschaft, Philosophie und Katholische Theologie in Tübingen und Freiburg im Üechtland. Jüngste Buchpublikation: «Die Pleiterepublik: Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können» (Blessing, 2012).

lem schwebende Konkordanzdemokratie zur Befriedung erhalten, gleichsam als eine permanente Versöhnungsmaschine, die Katholiken und Protestanten, Bürger und Gastarbeiter, Welsche und Deutschschweizer, Reiche und Habenichtse auf kleinem Raum ein geordnetes und friedliches Zusammenleben ermöglicht. Man muss Fribourg – jenes «Schweizer Rom, Pfaff an Pfaff und Dom an Dom» (Gottfried Keller) – also stets in Beziehung setzen zu dem, was es nicht ist: nicht Zürich, nicht Basel und schon gar nicht Genf, Städte, in denen der reformatorisch-calvinistische Hardcore-Mainstream der Schweiz zu Hause ist. Es ist die Vielfalt, die die Einheit aufscheinen lässt, ohne dass dafür ein lokales oder geistliches Zentrum nötig wäre. Eine Theorie der Schweiz, wie sie der Publizist und frühere Herausgeber dieser Zeitschrift Robert Nef seit Jahren als Theorie des Nonzentralismus ankündigt, stellt zu Recht genau diese «concordia (ja nicht coincidentia) oppositorum», bei der die Differenzen bestehen bleiben und keiner der Gegensätze dominiert, in den Mittelpunkt.

Dass man indessen diese Konkordanztheorie nicht überdehnen sollte, hat scharfsinnig der Rebell Niklaus Meienberg (1940 – 1993) gesehen. Meienberg war in

Es ist die Vielfalt, die die Einheit aufscheinen lässt, ohne dass dafür ein lokales oder geistliches Zentrum nötig wäre.

scholastik, auch der selbstverständliche Umgang mit dem Adel versetzte einen ausgerechnet mitten in der liberal-säkularen Schweiz in eine festgefügte Klassengesellschaft.

Doch das ist nicht das ganze Bild. Im Seminar für Fundamentaltheologie – jenem Fach, wo die wirklich fundamentalen Fragen der Gotteswissenschaft traktandiert werden – lehrte Professor Heinrich Stirnimann, auch er Dominikaner, aber



Rainer Hank, fotografiert von Florian Sonntag / FAZ.

jenen mittleren 1970er Jahren ein Held, auch für mich, den jungen deutschen Studenten in Fribourg. Alle sprachen über ihn, ohne dass ihn immer alle auch gelesen hätten. Ihm nahm der Ausländer das Unbehagen an der Schweiz mehr ab als all den Frischs, Dürrenmatts oder Muschgs, die wir im deutschen Schulunterricht lesen mussten und die aus ihrem Argwohn gegen die Swissness gewissermassen ein einträgliches Geschäftsmodell für das intellektuelle Ausland zu machen verstanden. Mei-

Extrabratwürste, die Schweizer Nationalspeise, mögen die Deutschen nicht.

enberg war von authentischer Radikalität, wenn er die Konkordanzdemokratie als Verlogenheit einer scheinhaften Oberfläche entlarven wollte, die nur dem Zweck diene, die Gegensätze zuzukleistern. Dabei wusste er ganz genau: Die Schweiz lebt gerade von und aus den Gegensätzen, auch wenn sie es nicht gerne zugibt.

Meienberg also – auch er ein Erzkatholik, der wie viele Katholiken unter dem Katholizismus viel zu leiden hatte – hat Fribourg verstanden wie kein zweiter. Die Stadt, schreibt er in seinem legendären Essay über den Freiburger Rennfahrer Jo Siffert, zerfalle in Unterstadt und Oberstadt. Beide Teile verbinde eine ganz besondere Drahtseilbahn, der Funiculaire. Deren Prinzip: die Abwässer der Oberstadt füllen einen Behälter, der unter der Kabine angebracht ist, wodurch diese an Gewicht zunimmt und ihre Korrespondenzkabine in die Höhe zu ziehen vermag, sobald der Kabinenführer die Bremse lockert. In der Unterstadt werden die Abwässer entleert und dadurch erfolgt eine solche Erleichterung, dass es dank der abermaligen Füllung der nun oberen Schwesterkabine mühelos in die Höhe geht. Meienbergs Deutung: «Auf diese Weise lassen die barmherzigen Einwohner der Oberstadt die Mitbürger in der

«basse ville» schon seit Jahrzehnten an ihren Exkrementen profitieren. Und diese Energiequelle gestattet einen bescheidenen Fahrpreis, dem schmalen Einkommen der Unterstädter angepasst.» Auch ich wohnte damals in der Unterstadt und profitierte von dieser Art in Barmherzigkeit gewendeter Ausscheidungen, wenn ich morgens ins Seminar mit dem Funiculaire nach oben fuhr und abends wieder zurück. Dass dieses Arrangement die Reichen nichts kostet und zugleich für die Armen den Preis senkt, beschreibt die Beziehung der Klassengesellschaft besser als alle Konkordanzmetaphern. Die Schweiz ist ein Land, in dem die Gegensätze unversöhnt bestehen bleiben können, weil alle profitieren. So erfuhr auch der Theologe früh: Im Kern gründet der Ökumenismus in der Schweiz auf einem Ökonomismus, dem utilitaristischen Prinzip, das jedermann eine ausgeglichene Bilanz von Kosten und Nutzen verspricht.

II.

Nach einem Vortrag zur Eurokrise vor Hamburger Bürgern im vergangenen Sommer kommt eine ältere Dame zu mir, sagt, sie sei mit allem einverstanden, was ich über den Verrat des Haftungsprinzips durch die Brüsseler Transferunion und die unfaire Verteilung von Kosten und Nutzen seit Ausbruch der Eurokrise gesagt hätte; ganz und gar unverständlich sei ihr aber, warum ich ausgerechnet die Schweiz als Vorbild preisen könne dafür, wie man eine bessere Währungsunion mit vorbildlicher Einhaltung des Haftungsprinzips zu entwerfen habe. Die Dame, nicht ohne Sympathien für die deutschen «Eurokritiker», wäre bereit gewesen, meinem Argument zu folgen, dass nur eine strikte Wahrung des No-Bail-out-Gebotes – im Grunde also des «Solidaritätsverbots» – den Zusammenhalt eines komplexen Bundesstaates garantieren könne. Doch wollte sie nicht akzeptieren, dass man genau solch ein Staatswesen in der Schweiz besichtigen könne. Die Schweiz, das seien doch jene Ganoven und Bankster – sie drückte sich vornehmer aus –, bei denen die reichen Deutschen (die Dame war gewiss nicht arm) ihr Geld vor dem Fiskus versteckten. Das ist nicht unbe-

dingt falsch, doch entkräftet es nicht meine staatstheoretische Argumentation. Das Unbehagen vieler Deutscher an der Schweiz, so scheint es, bleibt bis auf weiteres unerschütterlich.

Da kann man sich noch so abstrampeln, Direktdemokratie und Fiskalautonomie zu loben und zu predigen, dass das alles einen guten Sozialstaat nicht verhindert, sondern ermöglicht – mit geringerer Staatsquote, einem höheren Wohlstand für die Menschen, weniger Arbeitslosigkeit, weniger Staatsverschuldung, dafür aber grösserer Steuerehrlichkeit als in Deutschland. Dabei ist die innere Distanz vieler Deutscher mehr als der moralische Abscheu gegen eine erfolgreiche Finanzrepublik. Der Mehrwert des grösseren Freiheitsraumes für die Schweizer Bürger ist den Deutschen, wiewohl in Wahrheit sehr konkret, zu abstrakt. Da ist zu viel Vertrauen und zu wenig Kontrolle. Das kommt – oft ist es schon gesagt worden – von einem anderen Staatsverständnis des preussischen Staates, wo in der Tradition Hegels und der Romantik der Staat als objektiver Geist viel mehr sein soll als «nur» der Club der Bürger, die bereit sind, für ihr Gemeinschaftsprojekt einen angemessenen Preis (genannt Steuer) zu bezahlen, worüber mitzubestimmen sie sich ihr gutes Recht herausnehmen.

Wenn Uli Hoeness von den Zinserträgen seiner Schweizer Millionen seine Steuern nicht bezahlt, müsste das eigentlich ein moralisches Problem für Hoeness sein. Doch weit gefehlt – aus Hoeness' Fehltritt leitet die deutsche Politik im Einverständnis mit den meisten Bürgern sogleich einen Anspruch umfassender bilateraler staatlicher Kontrolle ab. Dass der amerikanische Staat Zugriff auf die Daten der Deutschen hat, gilt hierzulande als abgründiger Skandal – zu Recht. Dass der deutsche Staat Zugriff auf die Bankdaten deutscher Bürger in der Schweiz haben soll, gilt dagegen als dringend erforderlich. Der Widerspruch fällt den meisten kaum auf.

Extrabratwürste, die Schweizer Nationalspeise, mögen die Deutschen nicht. Nicht im Euro sein, eine andere Vorstellung vom Bankkundengeheimnis haben, am 1. August Feuerwerke machen – das

17. Philosophicum Lech

25. bis 29. September 2013, Lech am Arlberg



Ich.

Der Einzelne in seinen Netzen.

Zum 17. Mal jährt sich im September 2013 das Philosophicum Lech (Vorarlberg/Österreich), das sich als transdisziplinäres Symposium über die Jahre hinweg zu einem internationalen Zentrum für philosophische, kultur- und sozialwissenschaftliche Reflexion, Diskussion und Begegnung etabliert hat.

Veranstaltet von der Gemeinde Lech und unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Konrad Paul Liessmann widmet es sich während jeweils 5 Tagen aktuellen und brennenden Fragen unserer Zeit, die von Experten ihres jeweiligen Faches erörtert und mit dem Publikum diskutiert werden.

Von Widersprüchlichkeiten der Gegenwart

„Ich. Der Einzelne in seinen Netzen“ lautet das Thema im heurigen Jahr, das offenkundige Paradoxien der heutigen Zeit in den Fokus rückt. Konrad Paul Liessmann schreibt in seinem Editorial dazu:

„Unsere Gegenwart ist von einem seltsamen Widerspruch gekennzeichnet: Auf der einen Seite konstatieren und beklagen wir einen zunehmenden Individualismus und Egoismus, der alle Bereiche unseres Lebens durchzieht: Das 'Ich' steht im Vordergrund, die 'Ich-AG' muss florieren, das 'Selbst' muss verwirklicht werden. Auf der anderen Seite kann man den Eindruck bekommen, dass die Individualität und damit die Besonderheit und Einzigartigkeit der Menschen verschwinden: Der Gruppendruck nimmt zu, Teamfähigkeit ist eine wichtige Kompetenz, wer nicht im Social Web seine Kontakte, Freunde und Adepten gefunden hat, gilt zunehmend als Außenseiter und Verlierer. Der Widerspruch zwischen Ich und Gemeinschaft, zwischen dem Einzelnen und der Welt, in der dieser lebt, gewinnt unter den aktuellen Bedingungen neue Konturen, Schärfen und paradoxe Ausprägungen.“

Diesen Entwicklungen, ihren Vorgeschichten und ihren Konsequenzen werden beim 17. Philosophicum Lech der deutsche Philosoph **Gernot Böhme**, Kunsthistoriker und Merkur-Herausgeber **Christian Demand**, Psychiater **Reinhard Haller**, der Chef des Modelabels Luis Trenker **Michael Klemera**, Autor **Michael Köhlmeier**, Philosoph **Konrad Paul Liessmann**, Kommunikationswissenschaftlerin **Miriam Meckel**, der Philosoph und Autor **Thomas Metzinger**, Literaturwissenschaftler **Christiaan L. Hart Nibbrig**, Die Presse Chefredakteur **Rainer Nowak**, Philosoph und Autor **Robert Pfaller**, der Literaturwissenschaftler **Roland Reuß**, Philosoph und Bestsellerautor **Richard David Precht**, die Gründerin des Österr. Instituts für Zukunftskompetenzen **Cornelia Scala-Hausmann**, NZZ Chefredaktor **Markus Spillmann**, der Professor für Rechtsphilosophie und Autor **Peter Strasser**, der Geschäftsführer der PR Agentur Create Connections **David Ungar-Klein**, Medienphilosophin **Christiane Voss**, Professor für Bildtheorie und Phänomenologie **Lambert Wiesing** sowie der erfolgreiche Gegenwartskünstler **Erwin Wurm** nachgehen.

Die einzelnen Programmpunkte und Vortragenden sind auf der Homepage des Philosophicum Lech unter www.philosophicum.com nachzulesen.

Veranstalter

Gemeinde Lech am Arlberg · Verein Philosophicum Lech

Information und Anmeldung

Online Anmeldung: www.philosophicum.com

Lech Zürs Tourismus GmbH · T: +43/5583/2161-233

Email: reservation@lech-zuers.at

kommt meinen Landsleuten suspekt vor. Würde die Schweiz fragen, ob sie in die EU aufgenommen würde, wären die Deutschen grosszügig und sagten ja: Die Zahlen stimmen, ein Fall Griechenland ist nicht zu befürchten. Sie würden am selben Tag in der Schweiz auch den Euro einführen und müssten dann in Sils am Lift nicht mehr den horrenden Frankenpreis für die Tageskarte umrechnen. Dass die Schweiz den

Gäbe die Schweiz ihre Andersartigkeit auf, bliebe nur noch der Vatikan als Fluchtort.

Euro bis heute gar nicht haben will, beleidigt die meisten Deutschen irgendwie.

Der Vorwurf, ich idealisiere die Schweiz, trifft mich nicht. Denn er stimmt. Meine Idealisierung entspringt freilich guten, weil eigensinnigen Gründen. Eine Schweiz, die sich dem europäischen Diktat unterwürfe, verlöre ihre Funktion als Korrektiv zur EU. Mein Weltbild braucht die Schweiz (ich bitte um Nachsicht für diesen Egoismus). Mitten in Europa lebt ein Wettbewerber, der sich der Transferunion der Europäer verweigert und gleichwohl als Gemeinwesen nicht verkümmert. Im Gegenteil. Die Schweiz ist für unsereinen wichtig, gerade wenn man nicht emigrieren möchte. Aber sie hat sich als Fluchtort immer angeboten (als Drohung an den Fiskus, es nicht zu übertreiben, und, wenn sie es geschafft haben, als Rettung der Verfolgten vor den Nationalsozialisten). Die Schweiz leistet für Europa, was Lord Acton, der grosse Kirchenkritiker, im 19. Jahrhundert vom kleinen Vatikanstaat erhoffte: So wie die Freiheit der Religion dem absoluten Allmachtsanspruch des Staates Grenzen setzt, so widersetzt sich die Schweiz dem Harmonisierungs-, Egalisierungs- und Planierungsdruck der EU. Gäbe die Schweiz ihre Andersartigkeit auf, bliebe nur noch der Vatikan als Fluchtort für den Exilanten, wenn die «Voice» (Albert O. Hirschman) im eigenen Land auf Dauer kein Gehör mehr

fände. Aber der Vatikan ist korrupt, jedenfalls korrupter als die Schweiz, und seine Bank ist auch nicht besser. Also brauchen wir die Schweiz.

III.

Roger Köppel, der Herausgeber der «Weltwoche», ist eine Art Meienberg von heute, kommt aber von der anderen Seite. Der Vergleich hinkt, aber nur ein bisschen. Wer ihn kennenlernen will (die Schweizer kennen ihn natürlich alle längst), dem empfehle ich ein halbstündiges Videoporträt mit dem Titel «Berg und Geist», das vor ein paar Jahren auf 3sat gelaufen ist. Da steht Köppel in Zermatt mit Anorak, Rundbrille und festem Schuhwerk. Alphörner blasen, Trachtenmänner schwenken Fahnen und Köppel redet über den österreichisch-britischen Philosophen Karl Popper. Das ist so komisch und gleichzeitig so feierlich ernst, dass man es nur schwer in Worte übersetzen kann.

Popper, spricht Köppel, sei für ihn das Aha-Erlebnis zu seiner Theorie der Schweiz gewesen. Denn die Antwort auf die Frage, warum dieses Volk sich in die Unwirtlichkeit karger Berge zurückgezogen habe, laute: Freiheit. Um sich der Unterjochung unter die Herren im Tal zu entziehen, habe man auf satte Ernteerträge verzichtet. Für die Freiheit nehmen sie das Karge in Kauf. Und wenn es gar nicht mehr ging, sind sie ausgewandert, die Schweizer, in die ganze Welt, ohne sich wie die Holländer oder Engländer in Kolonien zuhause fühlen zu können. Das macht stark. Die Schweiz, ein früh globalisiertes Bergvolk, dem die Freiheit über die Bequemlichkeit geht.

«Das Reduit ist die Essenz der Schweiz», sagt Köppel in diesem Video. Reduit, so heisst der Plan der Schweizer Militärs im Jahr 1940, auf jeden Fall und mit aller Gewalt den engeren Alpenraum zu verteidigen gegen die Achsenmächte, die die Republik von Norden und Süden bedrohten. In ihren Alpen würde ihnen kein Hitler und kein Mussolini letztlich etwas anhaben können, meinten die Strategen um General Guisan. Hier würden sie den Goliaths aus dem Flachland überlegen sein, die Davids der Alpenrepublik – jedenfalls würden sie durch den Beweis ihrer Wehrwilligkeit die

nötige abschreckende Wirkung auf die Diktatoren erzielen, die sich davor fürchteten, unter hohem Kraftaufwand ein Massiv aus kargem Stein einzunehmen.

Mythos, Pathos und historische Wahrheit gehen immer Hand in Hand, wenn es um die Begründung nationaler Identitäten geht. Wer den Versuch unternimmt, die Reduit-Theorie der Schweiz zu verstehen, der begreift auch, warum viele Schweizer so böse werden können, wenn Deutsche (und Amerikaner) meinen, sie könnten achtlos das Schweizer Bankkundengeheimnis vom Tisch wischen und Grundsätze der Souveränität verletzen, bloss um mit geklauten Daten die Einhaltung ihrer Steuergesetze durchzusetzen. Aber wenn ich ehrlich bin, bleibt das Reduit für mich (wahrscheinlich auch für viele meiner Landsleute) immer ein Geheimnis. Denn daran hängt das ganze merkwürdige Milizprinzip, das bis heute weit in die Zivilgesellschaft hineinragt, während der Ernstfall selbst gottlob ja noch nie eingetreten ist (auch wenn die Militärstruktur durch die Relativierung der Dienstpflicht künftig weiter an Bedeutung verlieren dürfte). Aber die Milizler sind ja alle noch in Amt und Würden. Leutnant, Oberleutnant, Hauptmann, Major, Oberstleutnant, Oberst, Brigadier, Divisionär, Korpskommandant, General: die nach oben aufsteigende Liste der Offiziersgrade können sie einem alle aufsagen, ohne grosses Nachdenken, je später der Abend, umso flüssiger. Und dann kommen die Erzählungen vom Pfadilager und so. Diese Erfahrungen prägen das ganze Leben, auch wenn die Dienstpflicht lange zu Ende ist. Es sind die Freunde von damals, die auch heute noch die Netzwerke definieren und Seilschaften in den Unternehmen bestimmen. Diese Mischung aus Kameradschaftskumpanei, überkommenen Autoritätsverhältnissen, dominanter Männlichkeit und schwer durchschaubaren Netzwerken in Wirtschaft und Politik, worüber selten öffentlich gesprochen oder geschrieben wird, ist dem Fremden fremder als die Freimaurei. Und unheimlicher als der Katholizismus. So viel sei also zugestanden: Es bleibt auch für mich ein Restunbehagen an diesem Land, auf dessen Eigenständigkeit nicht nur Europa angewiesen bleibt. ◀

5 Die laufende Neuverschweizerung

Ulrich Bremi hat sich nochmals zu einem grossen Gespräch hinreissen lassen. Sein Befund zur Lage der Schweiz: während Journalisten über ein diffus empfundenes Malaise jammern, ist die Zivilgesellschaft gerade dabei, sich zur Nation der kompetenten Freiwilligen zu formieren.

René Scheu und Claudia Mäder treffen Ulrich Bremi

Herr Bremi, vor langer Zeit haben Sie mir gesagt, dass Sie davor zurückschrecken, an einem Gespräch zur Lage der Nation teilzunehmen. Was hat Sie nun nach zweijähriger Bedenkzeit dazu bewogen, sich doch zu äussern? Sie, Herr Scheu!

War meine Hartnäckigkeit etwa entscheidender als jene des helvetischen «Malaise»?
Nein, Spass beiseite. Die Politik verläuft immer in Zyklen, die bestimmte Themen in den Vordergrund rücken oder in den Hintergrund stellen. Jetzt gerade erleben wir einen Übergang: Wir stehen am Anfang einer neuen Zyklusphase, und deshalb ist jetzt ein guter Moment, um über fundamentale Fragen zu sprechen.
Reden wir also über diesen Umbruch...

Die Schweiz hat riesige Optionen und steht, gemessen an Ländern vergleichbarer Grösse, hervorragend da.

...von Umbruch war nicht die Rede! Das ist ein Schlagwort und die Zuspitzung, die sich dahinter versteckt, übrigens gerade auch ein Merkmal unserer Zeit.

Gut, wir formulieren zurückhaltender und reden im folgenden über die Veränderungen, die in unserem Land stattfinden: Was ist in der Schweiz in Bewegung, woher kommen und wohin gehen wir – und mit welchem Gefühl? Teilen Sie das Unbehagen, das weite

Teile der Bevölkerung angesichts des Übergangsprozesses zu empfinden scheinen?

Nein. Unbehagen bedeutet laut Dictionnaire: Angst, Beklemmung, Enttäuschung, Bitterkeit, Missstimmung – ein Haufen starker und ungenauer Gefühle, von denen ich kein einziges mit unserer aktuellen Lage verbinde. Im Gegenteil: in meinen Augen sind wir an einem Punkt, der uns gewaltige Möglichkeiten bietet, etwas zu bewirken. Die Schweiz hat riesige Optionen und steht, gemessen an Ländern vergleichbarer Grösse, hervorragend da. Mit dieser Wahrnehmung bin ich übrigens nicht alleine: Auch die sieben Millionen anderen Schweizer verspüren nicht primär Unbehagen, Malaise oder wie immer sonst man den negativen Gefühlszustand bezeichnen will – mit Ausnahme einiger Journalisten, die sich darin gefallen, ihnen diese Stimmung anzudichten bzw. herbeizuschreiben.

Gleichwohl ist unbestreitbar, dass die aktuelle Veränderungsphase von einem Gefühl der Unsicherheit begleitet und vielerorts Kritik an der Führung des Landes laut wird. Nun ohne jedes polemische Wort: Könnten Sie versuchen, die konkreten Prozesse zu beschreiben, die hinter Veränderungen wie Unsicherheiten stehen?

Gerne. Eine kritische Haltung, ja eigentliche Vorbehalte gibt es einerseits gegenüber einzelnen Exponenten der Wirtschaft und andererseits gegenüber der Politik, in der man die direkte Demokratie immer stärker belastet, anstatt das Konkordanzsystem funktionstüchtig zu erhalten. Während die Politik in toto in der Kritik steht, geht es der Wirtschaft – um jetzt beim ersten

Ulrich Bremi

ist Unternehmer und Politiker. Er war u.a. Präsident des Verwaltungsrats der Georg Fischer AG, der Swiss Re und der NZZ-Gruppe und sass von 1975 bis 1991 für die FDP im Nationalrat.

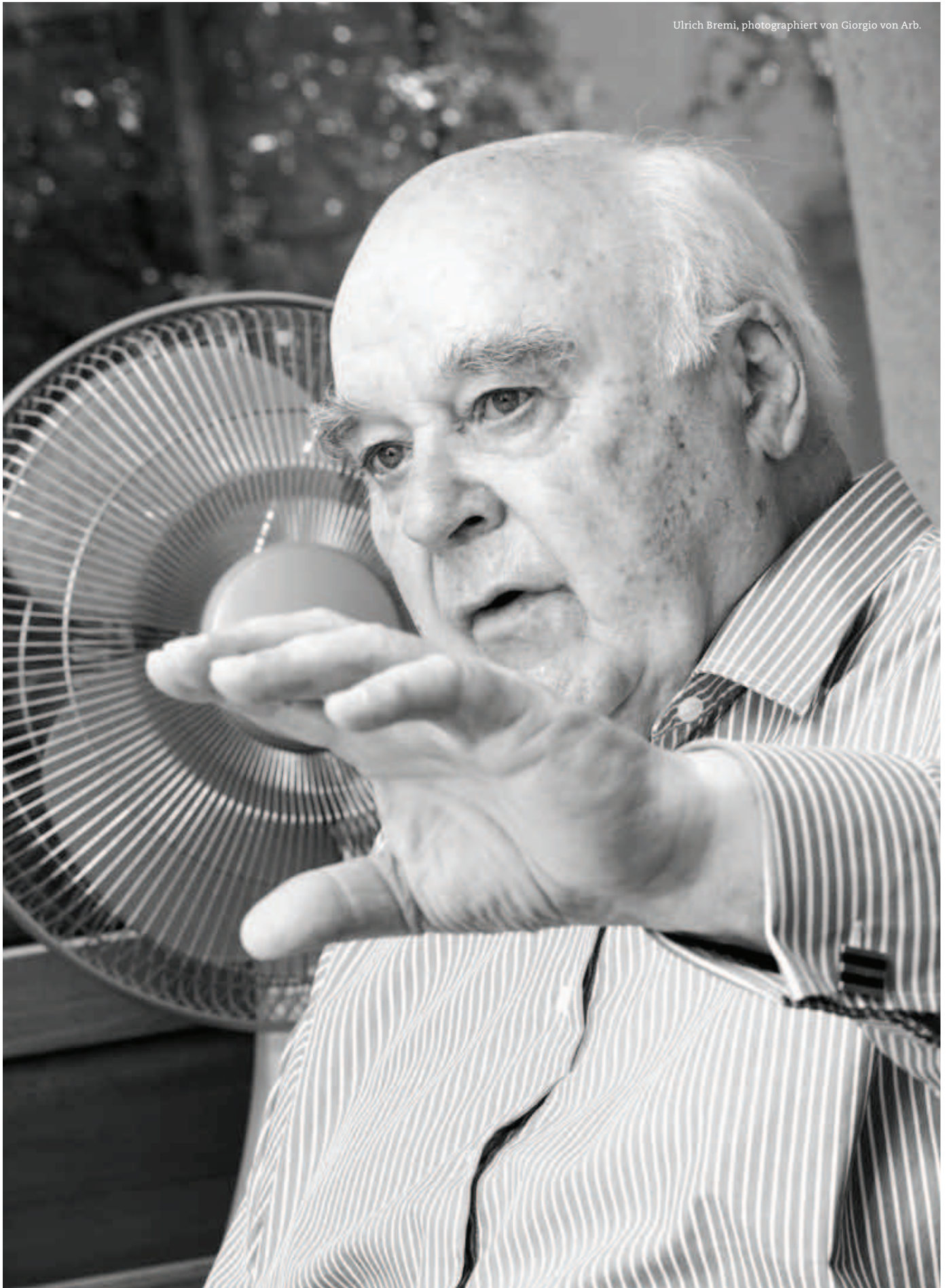
René Scheu ist Chefredaktor und Herausgeber dieser Zeitschrift.

Claudia Mäder ist redaktionelle Mitarbeiterin dieser Zeitschrift.

Punkt zu beginnen – insgesamt gut. Wir haben starke Unternehmungen, und die Missstimmung richtet sich in diesem Bereich punktuell gegen spezifische Vertreter einzelner Unternehmen.

Wie die Minder-Initiative gezeigt hat, breitet sich diese Kritik aber leicht und wirksam aufs Ganze aus.

Ja. Nach eben dieser Abstimmung habe ich mich gefragt, was hinter der starken, pointierten Stimmung steht, die an jenem Sonntag zum Ausdruck gekommen ist. Wahrnehmbar war ja eine intensive Emotion, doch worin wurzelt die eigentlich? Ich glaube, es ist die Teilnahmslosigkeit von Wirtschaftsführern und Kaderleuten, die die Ablehnung hervorgerufen hat. Ich meine das erst mal überhaupt nicht wertend. Seit ein paar Jahrzehnten fand in verschiedenen Führungsetagen eine immer stärkere Spezialisierung statt. Auf Kosten von gesellschaftlichen oder sozialen Bindungen aller Art fokussierten Manager immer ausschliesslicher auf ihre ganz persönlichen Zielsetzungen innerhalb ihres jeweiligen Bereichs – und verloren mit der Anbindung an die Zivilgesellschaft zunehmend deren Akzeptanz.



Die Theorie leuchtet ein, aber wie wollten unsere hocharbeitsteilige Gesellschaft und gerade unsere Spitzenwirtschaft in der Praxis ohne Spezialisten auskommen? Die Zeiten der gewundenen Lebensläufe, die Generalisten an die Spitze internationaler Unternehmen führten, sind definitiv vorbei.

Dass wir Spezialisten brauchen, steht ausser Frage, und die Qualität unserer Ausbildung sorgt auch dafür, dass die entsprechenden fachlichen Kompetenzen vorhanden sind. Nur ist «Spezialistentum» immer bloss

Über mangelnde Zeit hat man früher schon gejammert. Heute reicht es, die klagende Person nach ihrem Golf-Handicap zu fragen.

eine von mehreren Voraussetzungen, die eine Person erfüllen muss, um ein gutes Kadermitglied zu sein. Eine Fachkraft hat immer zwei Möglichkeiten: sie kann entweder ihre spezifische Kompetenz zum Exzess treiben, alles andere ausblenden und sich ganz auf sich konzentrieren – oder aber die fachliche Enge durch Blicke über den Tellerrand weiten und sich gewissermassen zu einem «Spezialisten plus» entwickeln.

Können Sie diese Spezies genauer charakterisieren?

Der offene Spezialist vereint drei Hauptmerkmale. Neben der primären Autorität in fachlichen Fragen verfügt er zweitens über Neugier, Engagement und Teilnahmebereitschaft und ist drittens bereit, Bindungen einzugehen und Verantwortung zu übernehmen. Fügt man diese Punkte zusammen, erhält man nicht nur die Skizze eines guten Chefs, sondern auch eine Definition der kompetenten Freiwilligkeit, die seit je eine nicht überschätzbare Stärke, ein Grundpfeiler unseres schweizerischen Systems war. Früher hiess das «Milizprinzip», doch meide ich heute das Wort, weil ich auch von jenen verstanden werden will, die damit ausschliesslich «Militär» assoziieren.

Die Zeiten haben sich geändert. Inwiefern also ist die gesellschaftliche Entwicklung, die Globalisierung bei gleichzeitiger Individualisierung und Eigennutzmaximierung, mit gemeinnützigem Engagement kompatibel?

Tatsächlich ist diese Grundqualität der Schweiz, die intensive Teilnahme an einer Gemeinschaft, in den Jahren seit dem Mauerfall, also mit dem Wegfall eines drohenden Feindes, verlorengegangen – natürlich nicht überall, aber leider in einigen, vor allem grösseren Firmen. Dort waren vermehrt Leute am Ruder, die keine Bereitschaft mehr zeigten, ihre Nase wunderfützig in andere Welten zu stecken und ihre Talente in einen anderen als den eigenen Dienst zu stellen.

Für diesen Schwund sind verschiedene Erklärungen denkbar, die naheliegendste ist die gesunkene Abkömmlichkeit: Engagement erfordert Zeit und Geld, sprich die beiden wohl knappsten Ressourcen.

Das sind Vorwände! Über mangelnde Zeit hat man früher schon gejammert, das kann ich Ihnen sagen. Und heute reicht es, die klagende Person nach ihrem Golf-Handicap zu fragen, dann ist das Thema erledigt. Was die Finanzen angeht: Für eine Firma ist es nicht teuer, sondern ertragreich, engagierte Kader zu haben. Denn wer ausserhalb des Büros aktiv ist, ist auch im Geschäft ein teilnehmender Mit- und Weiterdenker, also ein engagierterer Angestellter. Wie sich Aufwand und Ertrag beim jeweiligen einzelnen verhalten, ist schwer zu sagen, ich bin aber überzeugt, dass zivilgesellschaftliches Engagement bald wieder ein beachtetes Plus, wenn nicht gar eine Voraussetzung für die Übertragung beruflicher Verantwortung sein wird.

In unserem internationalisierten Umfeld ist freilich auch das Gegenteil vorstellbar. Zeitintensives aussergeschäftliches Engagement könnte hier auf zunehmendes Unverständnis stossen. Ist nicht der Umstand, dass viele grosse Firmen von Ausländern geführt werden, die mit unserem Milizsystem nicht vertraut sind, für dessen Rückgang mitverantwortlich?

Bevor wir die Ausländer kritisieren, sollten wir vor unserer eigenen Türe kehren. Jene, die den Gedanken der Teilnahme vergessen oder gar nie erlernt haben, sind meistens Schweizer. Es kommt heute oft vor, dass Ausländer den Wert unseres Systems besser erkennen und sich engagierter zeigen als wir. Auf die Frage, ob seine Firma ihm Zeit für die Politik lasse, antwortete kürzlich ein angehendes Behördenmitglied: «Seit unser oberster Chef Ausländer ist, liegt so ein Amt für uns wieder drin.» Von gewissen Ausländern können wir uns in Sachen Milizbereitschaft also noch ein gutes Stück abschneiden.

Heisst das, dass wir uns sozusagen neu verschweizern müssen, nötigenfalls unter der Regie von Amerikanern und anderen internationalen Akteuren?

Neuverschweizerung ist ein Schlagwort – ein gutes Schlagwort, das lasse ich Ihnen gerne! Und ebenso gut ist, dass der zugehörige Prozess bereits im Gang ist. Ich beobachte einen Mentalitätswechsel: Wir realisieren heute wieder, wo unsere Stärken liegen. Es handelt sich hier übrigens immer um zyklische Bewegungen, Rückgang und Wiederaufkommen des zivilen Engagements erleben wir nicht zum ersten Mal. Im ausgehenden 18. Jahrhundert etwa, als Napoleon die Schweiz besetzt hielt, war die Teilnahme am Gemeinwesen ebenso gering wie noch vor kurzem, hat sich dann aber, genau wie heute, auch wieder verstärkt.

Woran machen Sie diesen Mentalitätswechsel und das Wiedererstarken des Milizgedankens fest? Die Mehrheit der Beobachter ist gerade erst darauf gekommen, dessen Niedergang zu beklagen.

Man braucht nur den jungen Leuten zuzuhören. Dank Verbindungen zu ETH und HSG komme ich mit Studenten in Kontakt und merke sehr deutlich, dass die junge Generation wieder nach einem Sinn strebt, der sich nicht betriebswirtschaftlich messen lässt. Aber auch auf der anderen Seite, an den Spitzen der Firmen, nehme ich eine neue Offenheit wahr: Es passiert etwas, und zwar von unten wie von oben. Die Leute fra-

gen sich wieder, was eigentlich die Unique Selling Proposition der Schweiz sei.

Und Ihre Antwort lautet: wir sind engagierter als der Rest der Welt?

Meine Antwort lautet: in seinen starken Zeiten zeichnete sich unser Land durch gesellschaftsweit verbreitete Teilnahme und Engagement aus, und zu diesen Stärken können wir jederzeit zurückfinden.

Sinnengewinn durch Wiederentdeckung der Freiwilligkeit scheint indes nicht mehr «unique» auf die Schweiz bezogen zu sein: Denkt man an Projekte wie Wikipedia, erhält man den Eindruck, dass es sich hierbei um ein globales Phänomen handelt.

Hoffen wir es! Auf die Schweiz beschränkt ist das freiwillige Engagement aber zumindest in bezug auf die Politik. Dass sich dort Leute aus allen Branchen, auch aus der

Wirtschaft, aktiv in der Gemeindepolitik oder in der Schulpflege engagieren, ist meines Wissens einzigartig.

Einverstanden. Mit der Politik wären wir nun auch beim zweiten Thema, das Sie zu Beginn als Unsicherheitsfaktor genannt haben. Lässt sich das eben beschriebene Modell des allzu spezialisierten Personals auch auf das zweite Feld anwenden oder anders gefragt: Sitzen auch in der Politik zu viele Karrieristen und zu wenige engagierte Menschen?

Lassen Sie mich vorerst richtigstellen: In der Wirtschaft sasssen – Vergangenheitsform! – zu einseitige Leute. Dort hat sich vieles schon zum Besseren gewendet. Ob wir nun in der Politik die falschen Leute haben? Schlecht sind die Politiker nicht, das steht fest, die sind ja nicht dümmer als früher. Gestatten Sie mir aber eine Gegenfrage?

Natürlich.

Was kritisieren Sie am Parlament?

Auf die Schnelle wird das etwas diffus wirken, aber grundsätzlich haben wir den Eindruck, dass viele Parlamentarier wenig souverän agieren und zu sehr von Lobbyisten abhängen. Und natürlich gibt es zu viele Juristen!

Aus den USA stammt der Satz: «Es hat immer überall zu viele Juristen, wenn es einen hat!» (lacht) Aber natürlich haben Sie nicht unrecht: Würde in der Politik das Modell der breiten Teilnahme besser spielen, hätten wir eine viel grössere Vielfalt von Leuten im Parlament. Heute ist dort nur ein sehr geringer Teil der Berufe repräsentiert, in den letzten 40 Jahren sass meines Wissens kein einziger aktiver Banker in einem Rat. Was mir aber vor allem auffällt, ist folgendes: Kaum ein Parlamenta-

Anzeige

Schweizer Monat lesen, Schweizer Wein trinken

3 Rotweine aus der Traubensorte Pinot noir (Blauburgunder)



Langenmooser rot Landwein

Elegant, aromatisch. Zeigt die strahlende Frucht des Pinot noir in schönster Klarheit. Passt als Essensbegleiter zu allen leichten Gerichten mit und ohne Fleisch: Minestrone, Sandwich, Huhn, gebratene Cervelats. Auch als Gesellschaftsbegleiter (ohne Essen).



Truttiker dunkelrot

Klassischer Pinot noir. Kräftige, weiche Tannine dank 2-jähriger Reifung in grossen Eichenfässern. Passt zu währschaften Speisen: Ravioli, Lasagne, Polenta, Braten, Blut- und Leberwurst, Gulasch.

Truttikon



Truttiker Pinot noir, Barrique

Mehr Gerbstoffe (Tannine), die aber durch 2-jährige Reifung in kleinen, regelmässig erneuerten Eichenfässern (Barriques, 228 Liter) samtig weich wurden. Der noble Wein für die festliche Tafel. Kommt am schönsten zur Geltung zu dunklem Fleisch (Wild, Steak, Braten).

Familie **Zahner, 8467 Truttikon**

Tel. 052 317 19 49
www.zahner.biz
zahner@swissworld.com

rier misst sich noch am Erfolg der Schweiz. Für alle zählt primär der Erfolg einer viel kleineren Einheit, nämlich der eigenen Partei oder Fraktion. Das Gärtchendenken hat das ganze politische Spektrum befallen – mit verheerenden Folgen für das Land.

In der Tat. Die Mehrheit der Schweizer Bürger dürfte nach wie vor bürgerlich ticken. Die Politik ist jedoch längst nicht mehr bürgerlich dominiert.

Bürgerliche Mehrheiten, die eine zumindest mittelfristig stabile Politik garantieren, sind unter dem Diktat der Parteiprofilierung ein Ding der Unmöglichkeit geworden. Die sogenannte Mitte – also schwer definierbare Klein- bis Kleinstparteien – entscheidet letztlich darüber, welche Mehrheiten zustande kommen. Solange sich FDP, SVP und eine weitere Partei in den wesentlichen Punkten nicht zu zuverlässigen Allianzen zusammenfinden, brauchen sich die Kleinen auch nicht zu bekennen. Und können die Grossen weiter vor sich herreiben.

Der Dissens, der aus dieser Konstellation erwächst, ist schon länger zu beobachten. Bemerkenswert ist aber, dass sich selbst jetzt, in einer doch zugestandenermassen krisenhaften Zeit, keine Bereitschaft zur Überwindung der Kluft zeigt. Kann man da für einmal sagen: Das war früher besser?

Das kann man sagen, aber das hat man auch vor 40 Jahren gesagt. Anders war es, das ist sicher. Besonders frappant zeigt sich die Veränderung im Bundesrat: Waren die Bundesräte früher primär an ihr Gremium und nur verhältnismässig lose an ihre Partei gebunden, scheinen sie heute vorwiegend Vertreter ihrer Fraktionen zu sein. Dass sich einzelne Mitglieder der Exekutive in ihren 1.-August-Ansprachen offen widersprechen und noch nicht mal einen Hehl aus ihrer Unstimmigkeit machen – das wäre noch vor kurzem nicht denkbar gewesen.

Vielleicht ist es demnach an der Zeit, unsere Institutionen zu überdenken. Ist das Konkordanzprinzip passé?

Die Konkordanz haben wir mehrmals

schon rhetorisch abgeschafft und wieder eingesetzt. Zurzeit haben wir natürlich keine Konkordanz; ein paar Jahre können wir auch ohne sie leben, und wenn wieder Persönlichkeiten auftreten, die sich für sie stark machen, kann sie sich auch wieder etablieren. Vieles, ja eigentlich alles, hängt in dieser Sache von den Personen ab, und das politische Personal hat glücklicherweise sehr viel kürzere Zyklen als die politische Struktur.

Das klingt verhalten positiv. Wenn Sie der Politik letztlich die gleiche Diagnose stellen wie der Wirtschaft und also bemängeln, dass der Rückzug auf Eigeninteressen und die Entfernung vom übergeordneten Ganzen zum Zerfall geführt haben, sehen Sie dann auch auf beiden Feldern gleich viel Anlass zu Hoffnung – keimt in der Politik auch schon das gute Neue?

Da bin ich optimistisch, wissen Sie warum?

Ehrlich gesagt: nein!

Ich habe noch nie einen erfolgreichen Pessimisten angetroffen! (lacht) Natürlich lassen sich die Probleme in der Wirtschaft schneller lösen, dort sind die Interessen enger gefasst, besser eingegrenzt, und die Dinge werden von Leuten angegangen, die auf Entscheidungsfindungen spezialisiert sind. Früher oder später aber wird die neu-alte Mentalität auf die Politik überschwappen, und man wird die Dinge auch hier anpacken. Es passiert ja auch schon einiges in diese Richtung, das Projekt succèsSuisse von Ruedi Noser ist ein gutes Beispiel. Das einzige, was uns definitiv nicht weiterhilft, ist fortwährendes Gejammer. <

**«In ihren starken
Zeiten zeichnete sich
die Schweiz durch
gesellschaftsweit
verbreitete Teilnahme
und Engagement aus,
und zu diesen Stärken
können wir jederzeit
zurückfinden.»**

Ulrich Bremi